Deutsche Post AG
Postvertriebsstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 4/2018, 56. Jahrgang • www.express-afp.info • www.labournet.de/express • ☎ (069) 67 99 84 • ISSN 0343-5121 • Preis: 3,50 Euro

Mehr als bloß ein Streik der Eisenbahner

Rudolf Walther zur politischen Ökonomie der »Ordonnances«

Die Häuser werden aus »Kerpic«, Ziegeln aus Lehm und Stroh, errichtet

Die »Methode Macron« beruht auf einer simplen Devise: »Ihr diskutiert, ich entscheide«. Das hat bislang funktioniert – etwa bei der Reform des Arbeitsrechts, bei der die Regierung Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zu getrennten Verhandlungen einlud und schließlich mit »Verordnungen« (»Ordonnances«) am Parlament vorbei genau das durchsetzte, was sie sich vorgenommen hatte. Das Parlament hatte am Schluss nur noch die Alternative, das Reformpaket abzunicken oder es ganz zu verwerfen. Parlamentarische Debatten oder Änderungsanträge sind in der auf Effizienz umgestellten Regierungsmaschine Macron unter dem Decknamen »Demokratie« nicht mehr vorgesehen. Jean Baptiste de Montvalon bescheinigte Macron deshalb »Bonapartismus in seiner Art zu regieren« (*Le Monde* vom 27. Februar 2018).

Das Regieren mit Verordnungen ist verfassungsrechtlich hoch umstritten, denn der Artikel 38, der die Anwendung regelt, ist für Ausnahmesituationen und Notfälle gedacht. Diese Ansicht vertrat auch Macron vor seiner Wahl zum Präsidenten, indem er dem damaligen Premierminister Manuel Valls öffentlich widersprach, als dieser das Arbeitsrecht mittels Verordnungen durchdrückte.

Jetzt hat sich die Regierung von Édouard Philippe vorgenommen, die staatliche Eisenbahngesellschaft SNCF zu sanieren, d.h. teilweise zu privatisieren und das 1920 erkämpfte beamtenähnliche Eisenbahnerstatut zu liberalisieren, d.h. abzuschaffen. Das bisherige Statut sieht für 140.000 SNCF-Beamte Sonderregelungen für das Pensionsalter und eine faktische Unkündbarkeit vor. Zudem sieht es Kompensationen für Sonderbelastungen des Eisenbahnpersonals (Nacht- und Sonntagsdienste, Ortswechsel) vor, die gemeinhin als »Privilegien« denunziert werden. Die Reform soll die SNCF auf die Öffnung der Bahninfrastruktur für private Anbieter vorbereiten. Aber die beiden Hauptprobleme der Staatsbahn – der durch Sparprogramme herbeigeführte Investitionsstau und der Schuldenberg von 55 Milliarden Euro mit einer jährlichen Zinslast von rund einer Milliarde – löst das Reformvorhaben nicht. Das Projekt stieß sofort auf den geschlossenen Widerstand der vier bei der SNCF vertretenen Gewerkschaften (CGT, CFDT, FO und SUD Rail).

Die Streiks von 1995: mit Intellektuellen und Mittelklassen auf die Straße

Einem ähnlichen Reformprogramm hatte sich die liberal-konservative Regierung von Alain Juppé bereits im November 1995 verschrieben. Sie entfesselte damit den längsten und umfassendsten Streik in Frankreich seit 1968. Nach fast vier Wochen, in denen das Land blockiert war, musste Juppé seinen chancenlosen Reformplan zurückziehen.

Die Regierung von Édouard Philippe operiert nun geschickter: Das liberalisierte Eisenbahnerstatut soll nur für Neueingestellte gelten und die dornenreiche Frage des Pensionsalters soll vorerst ganz ausgeklammert und erst im Rahmen einer umfassenden Rentenreform angegangen werden. Mit dieser partiellen Besitzstandsgarantie für die 140.000 Eisenbahner entschärft die Regierung die Vorlage, verglichen mit der frontalen Kampfansage von 1995. Aber für eine gewerkschaftliche Einheitsfront von CGT, CFDT, UNSA und SUD Rail gegen die Reformpläne genügte die Absicht der Regierung, auch diese Reform mit Verordnungen – am Parlament vorbei – durchzusetzen. Premierminister Philippe kündigte an, sein Programm »noch vor dem Sommer« zu verwirklichen, und beruhigte die Gewerkschafter mit dem Hinweis, er folge nicht der »Konflikt- oder Kriegslogik«.

Das sollte wohl Erinnerungen an den harten Streik von 1995 ausblenden helfen. Dass der Streik damals so erfolgreich war, liegt vor allem daran, dass er auf offene Sympathie der linksliberalen Medien und der Bevölkerung mit den Streikenden stieß. Juppé begründete die Reform damals mit dem Hinweis, das Pensionsalter für Lokomotivführer (52 Jahre) und für die übrigen Bahnbeamten (55 Jahre) bildeten »unzeitgemäße Privilegien«. Faktisch gehen Lokomotivführer heute im Durchschnitt mit 53,5 und der Rest der Eisenbahner mit 57,5 Jahren in Pension.

Juppé goss 1995 Öl ins Feuer mit seiner Rede gegen »anachronistische Relikte«, »Korporatismus«, »Egoismus« und »Besitzstände von Privilegierten«. Gegen diese Phrasen aus dem Arsenal des neoliberalen Konformismus wandten sich nicht nur die Streikenden und die Gewerkschaften, sondern auch linksliberale und linke Medien und vor allem der Soziologe Pierre Bourdieu. Er verließ den Schreibtisch und den Lehrstuhl am Collège de France, sprach vor den streikenden Eisenbahnern in der Pariser Gare de Lyon und demonstrierte mit ihnen auf den Straßen von Paris. Bourdieu denunzierte die wohlfeile Rede von den »Privilegien« der Eisenbahner mit dem Hinweis, dass 60 Prozent der Eisenbahner mit bescheidenen Löhnen auskommen mussten (2.100 Francs brutto, 1995 etwa 750 DM). Heute verdienen Eisenbahner durchschnittlich immerhin 3.000 Euro brutto. Die Sonderregelungen des Eisenbahnerstatuts für die Pensionen sah Bourdieu als legitime Kompensation für die permanente Nacht- und Sonntagsarbeit sowie die fast beliebige örtliche Einsatz- bzw. Versetzbarkeit des Eisenbahnpersonals. Vor allem aber wandte sich Bourdieu gegen den Versuch der liberal-konservativen Regierung Juppé, den defizitären Staatshaushalt auf dem Rücken der Eisenbahner und auf Kosten des Sozialbudgets zu sanieren.

Bourdieus Solidarisierung mit den Streikenden und sein Engagement zur »Wiedereroberung der Demokratie gegen die Technokratie« führte zu einer Spaltung der linken Intellektuellen und der Medien in das Lager des neoliberalen Einheitsdenkens (»pensée unique«) und jenes der Gesellschafts- und Kapitalismuskritiker, die das Zusammenspiel von »Staatsadel« (ENArchen, d.h. Absolventen der Elitehochschule »École Nationale d«Administration«,

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Benedikt Hopmann: »Kampf um besseres Recht« – Erneute Replik auf Werner Volz zur Frage der Strategien gegen Ausgliederungen S. 4

Rainer Bobsin: »Der weiße Finanzmarkt« – Pflege als Spekulationsobjekt S. 6

Theo Steegmann, Hendrik Thome: »What's left?« – Aufruf an Linke im Ruhrgebiet S. 7

Torsten Bewernitz: »Shame on you, Deliveroo!« – Freitag der 13. beim Fahrrad-Lieferdienst S. 13

Faire Mobilität: »Lohnbetrug trotz Generalunternehmerhaftung« S. 10

BETRIEBSSPIEGEL

Stephan Krull: »Gasgeben im Qualityland« – Der Umbau des VW-Konzerns S. 2

Anton Kobel: »real-Kapital erneut auf der Flucht – aber wohin?« – Ein neuer Fall von Tarifflucht im Einzelhandel S. 4

INTERNATIONALES

Rudolf Walther: »Mehr als bloß ein Streik der Eisenbahner« – Die politische Ökonomie der französischen Ordonnances S. 1

Nadja Rakowitz: » Viel los in Frankreich« – Ein Protestüberblick S. 3

Ralf Kliche: »Wasserprivatisierung ade?« – Das Verhältnis von Eigentum und Kapitallogik am Beispiel der griechischen Wasserversorgung S. 9

Hagen Kopp, Eberhard Jungfer: »Umkämpfte Räume« – Mit Solidarity Cities für Bewegungsfreiheit und gleiche soziale Rechte für alle S. 10

Ofer Aderet: »Der letzte Bundist« – Über Geschichte und Niedergang einer jüdisch-sozialistischen Bewegung S. 12

»Make Rojava green again« – Unterstützung der ökologischen Revolution in Nordsyrien S. 16

REZENSION

Wolfgang Völker: »Arm, erwerbslos – aber nicht wehrlos« – Harald Reins Buch über Erwerbslosenwiderstand S. 14

LESERBRIEF

»1:0 in der Pause« – Nachtrag zum Nachruf auf Wolfgang Stather S. 4

Bildnachweise

Die Bilder dieser Ausgabe wurden im Norden Syriens aufgenommen, der von kurdischen AktivistInnen als »Rojava«, Westen, bezeichnet wird. Sie zeigen den Aufbau von und das Leben in Jinwar, dem »Dorf der freien Frauen« – mithin einen Ort, der nach dem erfolgreichen Kampf der kurdischen Milizen gegen den Islamischen Staat für einen friedlichen Wiederaufbau steht, und der Frauen und Kindern aus kriegszerstörten Teilen des Landes als Zuflucht dient. Mit dem Einmarsch der türkischen Armee und ihrer islamistischen Verbündeten im Kanton Afrin ist erneut deutlich geworden, dass der Aufbau basisdemokratischer Selbstverwaltung noch immer existentiell bedroht ist. Gleiches gilt für die Internationalistische Kommune, deren Projekt zur Begrünung Rojavas wir auf der letzten Seite dieser Ausgabe vorstellen.

www.jinwar.org

Gasgeben im Qualityland

»Together« in die nächste Etappe – Stephan Krull über den Umbau im (VW-)Überbau

VW-Chef Müller war als Nachfolger von Martin Winterkorn geholt worden, um die Scherben des millionenfachen Abgasbetruges aufzukehren und die Aufklärung nicht zu weit zu treiben. Diese Arbeit ist weitgehend erledigt. In den USA wurden Strafen und Kosten von über 20 Milliarden Euro bezahlt und abgeschrieben, fast niemand fragt mehr nach den Verantwortlichkeiten für den Abgasbetrug im Konzern; von anfänglichen Sprüchen zur rücksichtslosen Aufklärung »ohne Ansehen der Person« und von dem Versprechen der Transparenz ist nichts geblieben – trotz Landesbeteiligung und weitgehender gewerkschaftlicher Mitbestimmung im Unternehmen. Es gibt einen Bericht der »internen Prüfung« sowie einen der beauftragten Anwaltskanzlei Jones Day, die beide trotz anfänglicher Ankündigungen nicht veröffentlicht werden, wegen »unvertretbarer Risiken« für das Unternehmen. Man ahnt, was dort drin steht. Aus meist gut unterrichteten Unternehmenskreisen ist zu hören, dass »eventuell unsere Enkel« die Wahrheit über die Verantwortlichen dieses Betruges erfahren können; sie wollen mit allen Mitteln die Wahrheit die nächsten 50 Jahre unter Verschluss halten. In den USA hat der Konzern all die Gesetzesverstöße bis hin zur Verschwörung, Behinderung und Irreführung der Justiz und der Aktenvernichtung zugegeben.

Ein harter Hund für die neue Etappe

Nun also die nächste Etappe im Kampf der Konzerne, um »gestärkt aus der Krise hervorzugehen«. Das meint, im Denken der Aktionäre und der Manager, mehr Umsatz und mehr Profite für die Eigentümer, mehr Absatz von gewinnbringenden Autos mit Verbrennungsmotoren auf neuen Märkten, höhere Produktivität und mehr Leistung der Beschäftigten für geringere Entlohnung – immer natürlich in Konkurrenz zu allen anderen Autoherstellern. Die Erfindung »neuer Geschäftsmodelle« zielt auf die Austrocknung des Öffentlichen Personenverkehrs und die Vereinnahmung dort realisierter Umsätze für den eigenen Profit. Für diese neue Etappe im Krieg der Konzerne braucht es einen neuen Mann, einen richtig harten Hund, der handstreichartig vom Hauptaktionär, dem Porsche-Piëch-Clan, in Aufsichtsrat und Vorstand durchgepaukt wurde. Das wird nun der 69-jährige Österreicher Herbert Diess sein, der erst vor drei Jahren von BMW als »Sanierer« zu Volkswagen kam. Sein abgeliefertes »Gesellenstück« ist der »Zukunftspakt« mit dem Abbau von weit über 20.000 Stammarbeitsplätzen, massiven Produktivitätssteigerungen und Einsparungen von ca. zwei Milliarden Euro bereits im Jahr 2017 bei der Marke Volkswagen. Das Ziel, die Produktivität um 25 Prozent bis 2020 zu steigern, ist zunächst und unweigerlich mit enormer Intensivierung der Arbeit, mit Leistungsverdichtung und schließlich mit Personalabbau verbunden. Nichts ist in diesem Zusammenhang sicher: kein Arbeitsplatz, kein zuverlässiges Einkommen, keine Betriebsabteilung und am Ende auch kein Standort.

Vor allem ist Diess niemand, der auf eine dringend nötige Mobilitäts- und Verkehrswende setzt: Einzig der Profit ist unantastbar. Typisch für ihn der Umgang mit seinen Vorstandskollegen, die vor vollendete Tatsachen gestellt wurden: Einkaufschef Sanz und Personalchef Blessing nehmen ungefragt ihren Hut. Der Umgang mit den Zulieferern, zuletzt mit den Prevent-Töchtern Foamtec in Stendal, ES-Guss in Schönheide und CarTrim in Plauen, der abrupte Entzug von Aufträgen unter Hinnahme von Entlassungen und Betriebsschließungen ist ein Beispiel dafür, wie unter Verantwortung von Diess agiert wird. Inzwischen stellt sich heraus, dass VW Beschäftigte von Prevent wie in einem schlechten Krimi mit Hilfe einer Anwaltskanzlei und eines Detektivbüros bespitzeln ließ. Ein weiteres Beispiel ist der geplante Börsengang der Unternehmenssparte VW Truck & Bus und die »Neuordnung« der Komponentenfertigung. Die eigentlich abstoßende Rüstungssparte wird nicht abgestoßen und die Kooperation mit Rheinmetall wird fortgesetzt. Insoweit ist der jetzt vorgenommene Personalwechsel Teil des Konzernumbaus, »des größten in der Geschichte des Unternehmens«, der seit längerer Zeit vorbereitet wird: »Together 2025« heißt das Programm. Und es bedeutet wohl nicht, dass alle gemeinsam 2025 ankommen und erleben. Euphemistisch wird verkündet, Volkswagen solle moderner und sympathischer werden, die Mobilität würde »demokratisiert«. Die Komponenten-Werke und die LKW-Sparte sollen jedoch ausgegliedert werden, neue Geschäftsfelder werden als eigenständige GmbHs etabliert – außerhalb des Tarifvertrages, außerhalb der Mitbestimmung durch Betriebsräte. Das Credo: »Wir müssen die Effizienz deutlich steigern – über die gesamte Wertschöpfungskette und alle Marken hinweg.« Der künftige Boss (»Diess gibt Gas beim Umbau«) wird immer etwas konkreter; er will möglichst schnell all das hinter sich lassen, was Volkswagen 2015 in eine »prekäre Situation« manövriert habe, berichtet der Online-Dienst *Automobil-Industrie*: Nicht etwa der millionenfache Abgasbetrug, sondern »stark gestiegene Fixkosten, immer größer werdende Produktivitätslücken, hohe Fertigungstiefe, unwirtschaftliche Unternehmensbereiche, die häufig nur aus Gründen der Beschäftigungssicherung mitgezogen wurden.«

Nimmt man angesichts der Flexibilität und der Intensität der Arbeit und der vielen Überstunden im Unternehmen allein die Aussage von den »größer werdenden Produktivitätslücken« und setzt diese ins Verhältnis zu über elf Milliarden Euro Gewinn allein im Jahr 2017, wird deutlich, was dieses Management unter »Together« versteht. Der sogenannte Zukunftspakt mit dem angekündigten Personalabbau von 23.000 Beschäftigten in den Werken von Volkswagen und weiteren 10.000 Beschäftigten in den anderen Marken und Organisationseinheiten soll zum Ende »liebgewonnener Privilegien« führen – und damit sind nicht die Boni des Vorstandes gemeint. Rund zwei Milliarden Euro sind im letzten Jahr durch den »Zukunftspakt« bereits eingespart worden. Der Ex-SPD-Bundesgeschäftsführer und scheidende VW-Personalvorstand Karl-Heinz Blessing erklärt: »Ein Kernelement des Zukunftspaktes ist die personelle Transformation.« Nun ist er selbst Opfer dieser Transformation geworden und wird ersetzt durch den »Generalsekretär« des Konzernbetriebsrates, Gunnar Kilian als »engem Vertrauten« von Betriebsratschef Bernd Osterloh. Für ein Jahr wurde Kilian im Sommer 2012 nach Salzburg geschickt, um dort das Büro des langjährigen VW-Patriarchen Ferdinand Piëch zu leiten, eine Schlüsselposition im innersten Machtzirkel der Kontrolleure und Eigentümerfamilien Porsche/Piëch. Er habe eine »spannende und lehrreiche Zeit mit Herrn und Frau Piëch« erlebt, sagte Kilian rückblickend, wie das *Handelsblatt* am 12. April 2018 berichtet. Künftig wird er bei Tarifverhandlungen mit der IG Metall auf der anderen Seite des Tisches sitzen und die Interessen der Eigentümer zu vertreten haben.

Schahmaran, Königin der Schlangen und Göttin der Weisheit, ist eine bedeutende Figur der lokalen Mythologie und Bezugspunkt der »Jineologi«, der kurdischen Frauenforschung

Fortsetzung von S. 1, »Mehr als ein ...«

ENA), Banken und Wirtschaftsverbänden kritisierten. Die Elite, so Bourdieu, verletze das Versprechen republikanischer Gleichheit. Der Soziologe Alain Touraine und der Publizist Alain Minc wurden zu Galionsfiguren des ersten, Bourdieu zum bekanntesten Exponenten des zweiten Lagers.

Diese Spaltung der Intellektuellen und ihrer Publikationsmedien erwies sich als dauerhaft. Bourdieu beschrieb seine Antagonisten als »vielschreibende und vielgestaltige Intellektuelle, die ihre jährliche Lieferung für den Buchmarkt zwischen zwei Aufsichtsratsterminen, drei Presse-Cocktails und einigen TV-Auftritten verfassen«. Er definierte sie als »Doxosophen«, die im Unterschied zu den auf Aufklärung und Kritik eingeschworenen Philosophen bloße »Meinungstechniker« seien, die sich in den Medien als Experten aufspielten. Die Auseinandersetzungen rund um die Streiks des Jahres 1995 gehören direkt zur Vorgeschichte der 1998 gegründeten Organisation ATTAC (Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens). Bourdieu hatte daran mehr Anteil, als nach außen sichtbar wurde.

Ob heute die Strategie der Gewerkschaften gegen das Regierungsvorhaben bei anderen Staatsbediensteten so viel Resonanz findet und eine Solidarisierungswelle auslösen kann wie 1995, ist so unklar wie die Reaktion des Publikums. 1995 hegten zwei Drittel der Bevölkerung Sympathie für die Streikenden, und 55 Prozent befürchteten, »abgehängt, arbeitslos oder obdachlos« zu werden. Die Sympathie der Mittelklassen und die Ängste der Unterklassen amalgamierten sich zu einem Protestpotential, vor dem die Regierung kapitulierte. Die Gewerkschaften waren damals erfolgreich, weil es ihnen mit der Unterstützung Bourdieus gelang, einen Streit über angebliche »Privilegien« der Eisenbahner und obendrein eine Debatte über die Notwendigkeit eines öffentlichen Eisenbahnsystems anzustoßen. Der Journalist Stéphane Rozés prägte dafür den Ausdruck »Stellvertreter-Streik« für den soziologisch gesehen breit gestützten Protest.

Fiktion des unpolitischen Streiks

Als Protestauftakt einigten sich die vier Gewerkschaften auf den 22. März als »Aktions-« und »Mobilisierungs-Tag« zusammen mit den Beamtengewerkschaften, d.h. auf Kundgebungen und Demonstrationen in etwa 200 Städten. Weitergehen soll es mit einer innovativen Streikstrategie, die dem vermeintlichen Relikt niemand mehr zugetraut hätte. Verantwortlich für diese Strategie ist eine junge Generation von Gewerkschaftsführern, unter denen der 1979 geborene Laurent Brun als strategischer Kopf herausragt. Er will, dass sich die Gewerkschafter von »Fatalismus« abwenden und auf »Zorn« umschalten.

Die Gewerkschaften werden deshalb ab dem 3. April und bis zum 28. Juni – also fast zwei Monate lang – immer zwei Tage streiken und danach wieder drei Tage arbeiten bis zu den beiden nächsten Streiktagen. Laurent Brun, seit Januar 2017 Generalsekretär der Eisenbahnersektion bei der CGT, gilt als rechte Hand des CGT-Vorsitzenden Philippe Martinez und als durchsetzungsfähig. In der konservativen Presse tauchte er als »das jugendliche Antlitz des Stalinismus« auf, wozu es jedoch keine belastbaren Aussagen des Gewerkschaftssekretärs gibt.

Das Streikrecht der französischen Gewerkschaften ist im Vergleich zu den deutschen Verhältnissen viel weniger durchreglementiert. Im Prinzip können französische Gewerkschaftsführungen jederzeit zum Streik aufrufen, falls sie sicher sind, dass ihnen die Mitglieder, die so gut wie kein Streikgeld erhalten, folgen. Für sogenannte »politische Streiks«, also Streiks für politische Ziele – was deutschen Gewerkschaften nach herrschender Arbeitsrechtsprechung verboten ist –, gibt es im Französischen nicht einmal ein Wort, weil Streiks hier unbestritten als politisch legitim gelten und die Fiktion »unpolitischer Streiks« bestenfalls Kopfschütteln erzeugt.

Der französische Staatspräsident und sein Premierminister boten den Gewerkschaften im Vorfeld der Reform Gespräche an. Laurent Brun hält diese allerdings für eine Farce: »Die Regierung versuchte, uns in die Enge zu treiben und uns anzugreifen. Wir reagierten auf dieselbe Weise. Man konsultiert uns, man fordert uns auf mitzuarbeiten. Aber dann wird absolut nichts übernommen in den Reformplan. Ich bin nicht bereit, mich als Dummkopf behandeln zu lassen.«

Tai Chi-Streik gegen Autokratismus

Bruns Streikstrategie durchkreuzt das Kalkül der Regierung, die Asymmetrie und das Machtgefälle für ihre Reform zu nutzen. Die Gewerkschaften glichen ihren Kampf geschickt dem Vorgehen der Regierung an: Diese will die Bahnreform mit Verordnungen (»Ordonnances«) am Parlament vorbei durchsetzen. Das Parlament kann das Reformpaket

»Ready, hol mich ab, mein Autofreund«

Der Konzernumbau ist schnell beschlossene Sache:

Erstens: Die Automobilfertigung wird untergliedert in »Volumen« mit VW, Skoda und Seat, in »Premium« allein mit Audi und »Superpremium« mit Lamborghini, Bugatti, Porsche und Bentley. Eine ähnliche Clusterbildung ist schon mehrfach nicht umgesetzt worden, weil die einzelnen Marken eben doch ihr Eigenleben führten.

Zweitens: die »Neuordnung der Komponentenfertigung«, wahrscheinlich die Gründung einer GmbH in ein markenübergreifendes Geschäftsmodell mit 80.000 Beschäftigten an 57 Standorten weltweit. Das wäre auf einen Schlag eines der größten Zulieferunternehmen mit der Perspektive, nicht nur Volkswagen zu beliefern. Der Betriebsrat beruhigt, es gehe ja nur um eine »Neuordnung im Überbau«. Es muss aber festgestellt werden, das sowohl Ford als auch GM mit solchen Projekten gescheitert sind.

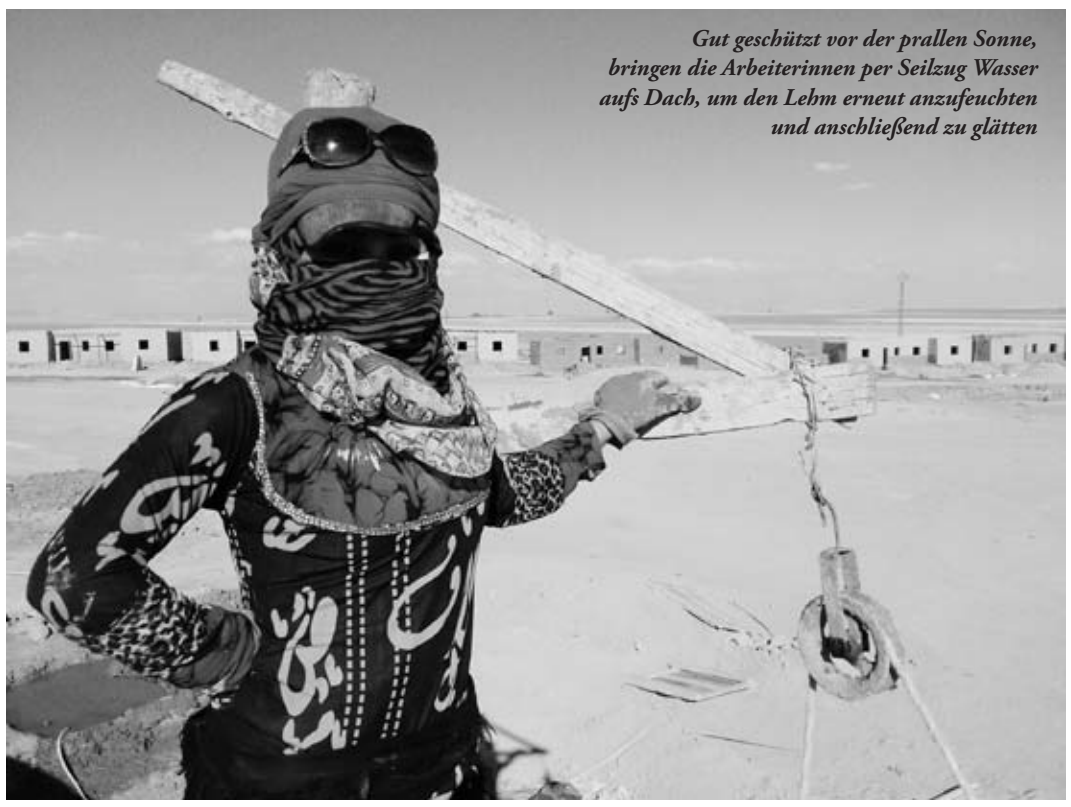
Drittens das Geschäftsfeld mit neuen »Mobilitätsdienstleistungen«: Dabei geht es nicht einfach um ein weiteres Verkehrsmittel. »Wir entwerfen Mobilitätskonzepte, die unsere Städte zu lebenswerteren, sichereren und schöneren Orten machen – für alle Menschen. Die aufregende Reise beginnt jetzt!« Dazu gehören MOIA, Gett und RIO, DiDi und GoFun in China sowie »strategische Partnerschaften« mit solchen Städten wie Hamburg, Moskau und Kigali. Gravierenden Probleme wie Parkplatznot, Staus und Stress würden bald der Vergangenheit angehören, weil autonome Fahrzeuge selbständig parken könnten und viel Fläche dadurch frei würde: ein Segen für die Infrastruktur der Städte. Einer der Hohepriester dieser schönen neuen Welt, der Chief Digital Officer J. Jungwirth sagt dazu: »Wir werden sie bequem und beschwerdefrei von Tür zu Tür transportieren – mit Mobilität auf Knopfdruck oder auf Sprachbefehl: mein Audi, bitte hole mich ab, mein Volkswagen, ich bin ready. Das Fahrzeug wird zu unserem besten Freund oder Freundin, der wir einen Namen geben, die uns versteht, die mit uns spricht, unser Verhalten und unsere Vorlieben lernt und unsere Gedanken lesen kann, um uns perfekt zu unterstützen.«

Und *viertens* geht es um die LKW- und Busfertigung: Volkswagen will seine LKW-Sparte VW Truck & Bus an die Börse bringen – darin verpackt sind die Produktionsstandorte der LKW und Busse von MAN und Scania in 17 Ländern. Über 200.000 Fahrzeuge werden dort aktuell produziert, es wird ein Umsatz von 18 Milliarden Euro und ein Gewinn für die Eigentümer von VW in Höhe von 1,3 Milliarden Euro erzielt – immerhin zehn Prozent des gesamten Gewinns des vergangenen Jahres. Bei diesem Verkauf geht es nicht darum, Reserven für den Abgasbetrug zu bunkern oder Innovationen zu finanzieren, dafür liegen über 80 Milliarden Euro Gewinnrücklagen im VW-Konzern. Es geht bei diesem geplanten Deal darum, Kasse zu machen für die Eigentümer des VW-Konzerns, für den Porsche-Piëch-Clan und die Scheichs des Terrorstaates Katar. Es geht um die Aushebelung der Mitbestimmung und in deren Gefolge um das Schleifen sozialer Rechte der 80.000 in dieser Sparte Beschäftigten: Der Boss der LKW-Sparte Andreas Renschler spricht dezent von Kulturwandel (*Handelsblatt* vom 5. März 2018): »Außerdem müssten nun auch die mächtigen Betriebsräte formal mit eingebunden werden, ohne deren Zustimmung ein Börsengang von VW Truck & Bus kaum möglich ist.« Dieses Vetorecht der Betriebsräte, im VW-Gesetz verankert, ist gleichwohl keine Garantie dafür, dass der Betriebsrat sich dieser Filetierung des VW-Konzerns widersetzt. Wenn neue Aufsichtsratsposten in einer neuen Aktiengesellschaft winken, dann werden sozialpartnerschaftlich orientierte Betriebsräte schon mal schwach, wie bei der Zerlegung des Salzgitter-Konzerns in zahlreiche Aktiengesellschaften und GmbHs trotz Montanmitbestimmung.

Ein Grund für den geplanten Börsengang könnte die Reduzierung von unübersichtlich gewordener Komplexität im Konzern sein. Aber ist das der richtige Weg? Und ist VW Truck & Bus die richtige Unternehmenseinheit? Wäre es da nicht besser und richtiger, Lamborghini oder Bugatti oder Bentley abzustoßen – drei Marken, die so überflüssig wie ein Kropf sind und einer notwendigen Mobilitäts- und Verkehrswende im Wege stehen? Wäre es da nicht richtiger und viel wichtiger, die Rüstungssparte von MAN, die nicht zu VW Truck & Bus gehört, abzustoßen, darauf zu verzichten, Getriebe und Fahrzeuge für die Repressionsorgane und Kriegsherren der ganzen Welt zu produzieren?

Da es auch nach dem Abgasbetrug um maximalen Profit für die Besitzer geht, ist eine solche Entwicklung ohne Druck von außen nicht zu erwarten. Andererseits ist den Eigentümern und den Managern fast jedes Verbrechen zuzutrauen, um den Profit zu maximieren. Gegen die gesamte Führungsriege einschließlich Diess laufen Ermittlungsverfahren, einige Manager sitzen nach Verurteilungen in den USA im Gefängnis, in Deutschland einige Manager in Untersuchungshaft. Das ganze Unternehmen sollte, um weiteren Vergehen vorzubeugen und den angerichteten Schaden zu regulieren, unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Die Gewinne der letzten Jahre sind Betrugsdividende, quasi »Hehlerware«, die zur Begleichung der Schäden sowie für die Verkehrswende gebraucht werden und deshalb requiriert werden müssen. Der geplante Börsengang der VW Truck & Bus ist ein weiterer Versuch, Kapital aus dem Unternehmen zu ziehen und zu privatisieren. Dem Börsengang von VW Truck & Bus ist deshalb laut zu widersprechen und seine Unterbindung zu fordern.

Quelle: www.stephankrull.info



Gut geschützt vor der prallen Sonne, bringen die Arbeiterinnen per Seilzug Wasser aufs Dach, um den Lehm erneut anzufeuchten und anschließend zu glätten

Geneigte Leserinnen und Leser,

viel los auf der Welt. Alles rennet, rettet, flüchtet, scheint es. Das »scheue Reh« (wie es im Börsentalk manchmal liebevoll genannt wird) sowieso: Kapital ist immer auf der Suche, wahlweise auch Flucht. Konkret diesmal: Metro/Real raus aus den Flächentarifen, rein in den hauseigenen AHD – praktischerweise muss man sich da mit niemandem mehr außer sich selbst auseinandersetzen, was einen Arbeitgeberverband eigentlich auch ganz überflüssig macht.

Beschäftigte in Frankreich: haben einen noch größeren Gegner und retten sog. ›Privilegien‹; mal hoffen, dass sie ihre Herrn in die Flucht schlagen und das größere Ganze – einen öffentlichen Dienst und eine offene Bildungspolitik – gegen Macrons Geburtshilfebemühungen für bessere Kapitalverwertung, alias Reformpolitik verteidigen können.

Ob der »weiße Finanzmarkt« einen sicheren Hafen bietet für das anlagesuchende Kapital sei vorerst dahin gestellt – was die Flucht nach vorn in höhere Renditen motiviert für den Pflege-»Markt« bedeutet, analysiert Rainer Bobsin.

Auf der Flucht entlassen wurde der letzte Weißwäscher bei VW – Stephan Krull begutachtet für uns die Reichweite der Reue, angeblich ganz neue, »saubere« Konzernstrategien und E-Mobilität als »all inclusive«-Reiseangebot.

Gute, wenn auch ganz andere Gründe für eine Flucht haben dagegen auch weiterhin viele MigrantInnen. Wie umgehen mit dem Kommen und Gehen vor Ort und weltweit? Können »Solidarity Cities« eine Antwort auf die Frage nach »Escape Routes« sein?

Und alles andere als eine neue Route 66 in die Wildwestvorstellung von Freiheit und Abenteuer oder den kapitalistischen Traum von nachhaltiger Entwicklung haben die Menschen in Rojava mit dem Slogan »Make Rojava green again« im Sinn – in diesem Sinne: »In jedem blutigen Aufruhr blühte sie auf, voll Anmut und Wahrheit« (»La femme 100 tetes«, Max Ernst) – was da blüht, dazu mehr in dieser Ausgabe. Auf (in) den Frühling!

Zum Schluss noch eine kleine Korrektur zur letzten Ausgabe: Zwar stammte der Text über den 8. März in Spanien aus einer französischen Zeitung – verfasst war er aber dennoch nicht von Vertreterinnen des kommunistischen Gewerkschaftsbundes CGT aus Frankreich, sondern von Mitgliedern der anarchosyndikalistischen CGT in Spanien. Hoppla.

Viel los in Frankreich

Die aktuellen Proteste in Frankreich – wie es in vielen deutschsprachigen Medien geschieht – auf einen Streik der Eisenbahner zu reduzieren, lenkt ab von der viel größeren Misere, die hier zum Ausdruck kommt. In vielen Städten Frankreichs werden die Demonstrationen der Eisenbahner unterstützt bzw. ergänzt durch Demonstrationen von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes (Paris), Bahnhofspersonal, Beschäftigten der Krankenhäuser (Paris, Lille, Lyon), der Postbeschäftigten in Bordeaux, die ebenfalls im Streik sind oder protestieren. Dazu kommen fast überall streikende und protestierende Studierende, die sich gegen das neue Gesetz zu »Orientierung und Erfolg der Studierenden« wehren, das ab dem kommenden Herbst den Hochschulzugang nach Maßgabe »objektiver« Kriterien regeln, faktisch aber den Universitäten erlauben soll, künftig Studierende auszuwählen, z.B. nach Motivationsschreiben und Noten mehrerer Schuljahre. Dadurch würden SchülerInnen, die ohnehin schon privilegiert seien, bevorzugt, und BewerberInnen sozial benachteiligter Familien würde der Hochschulzugang erschwert, so die Kritik (vgl. *taz* vom 17. April 2018).

Bernard Schmid beschreibt die Stimmung unter den Bahnbeschäftigten so: Derzeit herrsche wie nie zuvor ein Klima der Neugier und Offenheit für all das, was außerhalb der Bahngesellschaft SNCF passiert. Er zitiert einen Schalterbeamten: »Die KollegInnen schnipseln die Zeitungen auseinander, sehen genau hin, was bei Air France los ist (wo sechs Streiktage eingeplant wurden, nachdem seit sechs Jahren die Löhne eingefroren waren), was die Studierenden tun…« Einer seiner Kollegen von SUD Rail fügt hinzu: »Wir wollen nicht allein bleiben. Denn wenn alle anderen verlieren, werden auch wir bei der SNCF verlieren. Umgekehrt, wenn bei uns bei der SNCF der Streik fällt, dann fallen alle.« Denn dann – so jedenfalls die Befürchtung – werde die Regierung auf Jahre hinaus an der »sozialen Front« durchregieren können… Es geht also um viel mehr als die »Privilegien« der Eisenbahner, es geht gegen den weiteren neoliberalen Umbau der französischen Gesellschaft.

NaRa

(Quellen: Mathilde Goanec / Dan Israel: »Syndicats et exécutif installent le rapport de forces«, Mediapart 3. April 2018, www.mediapart.fr; Louisa Theresa Braun: »Studierenden-Streik in Frankreich. Gespalten gegen die Reform«, taz v. 17. April 2018; Bernard Schmid: »Frankreich: Was tut sich an der Protestfront?«, labournet, 16. April 2018)

zwei Monate nach dem Erlass der Verordnungen nur noch ganz ablehnen oder völlig unverändert annehmen. Mit dem Rhythmus von zwei Streik- und drei Arbeitstagen reagieren die Gewerkschaften auf die Taktik gegenüber dem Parlament: Die Regierung schafft mit Verordnungen schnell Fakten und setzt dem Parlament nach dessen zweimonatiger Zwangspause einfach die Pistole auf die Brust. Die Gewerkschaften nutzen die Beurlaubung des Parlaments als Kampfzeit für sich, um der Regierung und der Öffentlichkeit präventiv zu zeigen, was sie von einem von privater Willkür beherrschten Transportsystem zu erwarten hätten: Mit der Privatisierung der Bahn würde »die Regierung die Bahnbenutzer zu Geiseln« (Laurent Brun) profitorientierter Investoren machen. Mit der Strategie des Zorns werden Bürger nicht zu Geiseln der Gewerkschaften, sondern zu Zeugen, wie man sie vor den absehbaren Folgen der Privatisierung bewahrt und wie man für die Zukunft des öffentlichen Dienstes kämpft.

Die neue Streikstrategie ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Gewerkschaftsmitglieder einen zweimonatigen Dauerstreik gar nicht durchhalten könnten. Die Gewerkschaftsführungen würden sich schnell blamieren, wenn sie es über die Köpfe der Mitglieder hinweg versuchen wollten. Brun will den Kampf gegen den neoliberalen Kurs politisch zuspitzen. Im Unterschied zur Privatisierungsstrategie des Präsidenten verbindet Brun sein Konzept mit einem genuin demokratischen Legitimationsinstrument: Die Streikenden sollen nach jeder Streikphase darüber abstimmen, ob der Streik nach drei Arbeitstagen fortgeführt oder abgebrochen werden soll. Damit gehen die Gewerkschaften und ihre Führungen ein ausgesprochen hohes politisches Risiko ein, denn wie solche Abstimmungen unter Streikenden ausgehen, wenn den Eisenbahnern Woche um Woche rund 40 Prozent des Lohnes entgehen, vermag niemand zu sagen, geschweige denn vorauszusagen. Die Lohnskala beginnt bei den Eisenbahnern mit 1.219 Euro brutto im Monat.

** Rudolf Walther ist Historiker und Publizist, schreibt für deutsche und Schweizer Zeitungen und lebt in Frankfurt. Letzte Publikationen: »Aufgreifen, begreifen, angreifen. Historische Essays, Porträts, politische Kommentare, Glossen, Verrisse«, Oktober Verlag, Münster*

real-Kapital erneut auf der Flucht – aber wohin?

Immer weniger Einzelhandelsbeschäftigte arbeiten unter dem Schutz von Flächentarifen

Nach dem Scheitern der Verhandlungen um einen »modernen«, »flexiblen« und »wettbewerbsfähigen« Tarifvertrag, den Metro für seine Supermarktkette Real mit ver.di abschließen wollte, droht der Konzern, sein vorab angekündigtes Erpressungsszenario wahr zu machen: Austritt aus dem Arbeitgeberverband HDE und aus den Einzelhandelstarifen mit ver.di. Von den großen Einzelhandelskonzernen in Deutschland wären dann nur noch Rewe, Lidl/Kaufland, Ikea und – bedingt – Edeka in der Tarifbindung. Rund 70 Prozent der Betriebe sind bereits ›draußen‹, und schon jetzt arbeiten nur noch 38 Prozent der rund 3,1 Mio. Beschäftigten zu Konditionen von Flächentarifverträgen, so die Angaben des IAB.[1] Nach Global nun also Real – was tut sich angesichts dieser ›Fluchtwelle‹ im Einzelhandel auf den ver.di-Rettungsbooten, wer steht als Fluchthelfer, wer als Schlepper bereit?

Die Konkurrenzen im deutschen Einzelhandel schaffen fortlaufend neue Probleme und Konflikte – für die Kapitalien, die Beschäftigten und für ver.di. Seit fünf Jahren bemühen sich die ver.di-Aktiven bei Amazon mit zahlreichen Streiks und Aktionen, ihren Arbeitgeber, den Nehmer ihrer Arbeitskraft, in die Tarifbindung zu zwingen. Bisher erfolglos, was den Abschluss eines Tarifvertrages betrifft; erfolgreich, weil Amazon seit Beginn dieser Aktionen jährlich die Löhne und Gehälter anpasst, auch um ver.di als überflüssig erscheinen zu lassen. Die Auseinandersetzung bei Amazon wird beispielhaft für die Unternehmen und Beschäftigten und deren Gewerkschaft im Online-Handel sein und Auswirkungen auf den gesamten Einzelhandel haben. Vergleichbare Bedeutung haben die Forderungen der Kauf- und Warenhäuser Karstadt und Kaufhof nach einer Absenkung bisheriger tariflicher Leistungen. Edeka und Rewe haben es sich da einfacher gemacht, was die Einbeziehung der Gewerkschaft bzw. das Vermeiden von überregionalen Konflikten betrifft. Mit ihren Logistikbetrieben wie Fuhrpark und Lager haben sie die Wahl zwischen ver.di-Tarifverträgen im Einzel- oder Großhandel, mit ihren Produktionsbetrieben für Fleisch- und Backwaren können sie zwischen Tarifverträgen der NGG und ver.di-Handel wählen; in der lokalen, regionalen Konkurrenzsituation im Lebensmittelhandel haben sie die Option, eigene Filialen zu »privatisieren«, d.h. an einen Einzelhändler zu übergeben, den sie dann als Großhändler beliefern und als »Dienstleister« für Marketing, Warenwirtschaftssystem usw. »unterstützen«. Diese privatisierten Filialen nutzen dann die verschiedenen Möglichkeiten zur Tarifflucht bzw. lassen sich im Fall von Neugründungen kaum in die Tarifbindung zwingen.

All diesen Unternehmen gemeinsam ist das Interesse, die Tarifverträge im Einzelhandel zu unterlaufen. Dabei können sie sich auf die Unterstützung und das Verständnis ihres Arbeitgeber- und Lobbyisten-Verbandes HDE (Handelsverband Deutschland) verlassen. Um Tarifflucht zu ermöglichen, hat dieser Verband, der gleichzeitig die Tarifverträge mit ver.di vereinbart, eine zweite Form der Mitgliedschaft angeboten: Sie können Mitglied ohne Tarifbindung werden, d.h. eine sog. o.T.-Mitgliedschaft vereinbaren. Damit dieses Lohndumping flächendeckend und in allen Teilbranchen des Einzelhandels wirken kann, verweigert der HDE seit nunmehr fast 20 Jahren seine Zustimmung dazu, die Tarifverträge im Einzelhandel von den Landes-Regierungen für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Diese Zustimmung der Arbeitgeber ist nach dem Tarifvertragsgesetz erforderlich. Weder Rot-Grün noch die seit 2005 CDU-geführten Bundesregierungen haben diese Blockade, faktisch ein Vetorecht für die Arbeitgeber, beseitigt. Regierungsbeteiligungen der SPD führten zu folgenlosen Retuschen im Gesetz. In der erneuten GroKo und in der beabsichtigten Zukunftsdebatte könnte die SPD sich hier arbeitnehmer- und gewerkschaftsfreundlich positionieren. Ob so viel Abkehr vom Neoliberalismus mit seinen Deregulierungen zu erwarten ist? Nach Andrea Nahles, die als Arbeitsministerin für die jüngste dieser ›Reformen‹ zeichnet und ebenfalls nicht mehr als letztlich wirkungslose Änderungen am Gesetz hinbekommen hat, wäre dies jetzt eine vordringliche Aufgabe des Schröderianers Heil als neuem SPD-Arbeitsminister.

Real 2015 und 2018 auf der Tarifflucht

Die real,-SB-Warenhaus GmbH – zusammen mit Metro C&C im neuen Metrokonzern verblieben – beschäftigt derzeit ca. 34.000 ArbeitnehmerInnen in 281 Filialen/Märkten (zur Entwicklung des Metrokonzerns s. *express*, Nr. 10/2017). Seit Jahren erwirtschaften die Beschäftigten nicht die von den Anteilseignern geforderten Profite. Metrokonzern-typisch wurde versucht, die Real-Märkte komplett zu verkaufen. Nachdem dieses Angebot außer für 91 Märkte in Polen, Russland, Rumänien und Ukraine jahrelang keine Abnehmer gefunden hat, machte sich die Unternehmensspitze selber an die Profitsanierung. Neben ein wenig Farbe in der einen oder anderen Filiale kam es im Juni 2015 zur ersten Flucht aus den Flächentarifverträgen des Einzelhandels.

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen sowie zum Erhalt der Tarifbindung einigten sich ver.di und Real im Juli 2016 auf den »Zukunftstarifvertrag *real,-*« mit Abweichungen vom Flächentarifvertrag nach unten: Erstens werden die »Tarifentgelterhöhungen« für die Jahre 2015-2017 nicht gezahlt. Zweitens werden Ansprüche auf Zahlung von Urlaubsgeld für die Kalenderjahre 2017-2019 befristet auf 40 Prozent reduziert. Drittens werden Ansprüche auf Weihnachtsgeld für 2016-2018 reduziert auf 40 Prozent, für 2019 auf 70 Prozent. Als Bonbon sollten ver.di-Mitglieder Sonderzahlungen erhalten: im Februar 2017 ein Prozent des jeweiligen individuellen Bruttojahresverdienstes für 2016, für 2017-2019 dann 1,5 Prozent jeweils im Februar 2018-2020. Betriebsbedingte Kündigungen wurden weitgehend ausgeschlossen; 265 der damals 283 Verkaufsstellen erhielten eine Bestandsgarantie.

Mit den gesparten Personalkosten sollten »zur nachhaltigen Zukunftssicherung für real,- und zur Weiterentwicklung der Märkte« in den Filialen Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro ermöglicht werden. Diese Investitionen sollten ab 2016 in den nächsten fünf Jahren getätigt werden. Mit dieser Regelung wollte ver.di den sichtbaren und in der Konkurrenz mit Kaufland, Globus, Aldi und Rewe allen Kunden auffälligen Investitionsstau angehen. Viele Real-Märkte wirkten wie jahrelang von den Kapitalgebern ausgepresst – ein todsicher wirkendes Mittel zur Kapitalvernichtung, wenn man um die im Einzelhandel herrschende Vernichtungskonkurrenz weiß.

1:0 in der Pause

Nachtrag zum Nachruf auf Wolfgang Stather

In der letzten *express*-Ausgabe hat Anton Kobel dankenswerterweise einen Nachruf auf den verstorbenen Kollegen Rechtsanwalt Wolfgang Stather geschrieben. Naheliegender Weise hat er dies hauptsächlich aus Sicht der Gewerkschaft HBV (heute bei ver.di) getan.

Als Metaller hätte ich mir gewünscht, dass dies auch von Seiten der IG Metall erfolgt wäre. Denn auch hier haben viele Belegschaften und Betriebsräte im Raum Heidelberg, Mannheim und darüber hinaus Wolfgang und seinen Kanzlei-Kollegen sehr viel zu verdanken, von Heidelberger Druck über SAP, ABB, Mecano Bundy (heute TI), GRAU-Bremse (heute Haldex) bis Alstom/GE. Sein Rat, Wissen und seine solidarische Unterstützung sind unvergessen.

Eine Ergänzung darf ich anfügen: Wolfgang Stather war, wie Anton Kobel schreibt, nicht nur bescheiden und bei den Beschäftigten in hohem Maß beliebt, während er bei den Arbeitgebern durch seine Kompetenz und Entschiedenheit gefürchtet war. Nach Mitternacht oder am frühen Morgen, wenn die Geschäftsführungen und ihre Unternehmer-Anwälte meist schon ermattet in den Seilen hingen, fing Wolfgang erst richtig an. Er hatte auch einen enormen, feinsinnigen Humor, mit dem er auf seine Weise Interessengegensätze immer wieder treffend zum Ausdruck brachte. Bei den vielen Interessenausgleichs- und Sozialplan-Verhandlungen in Heidelberger Metall-Betrieben im Pfaffengrund Mitte der 90er Jahre hatte ein Geschäftsführer in einer Verhandlungspause gegen Mitternacht für seinen Tross Pizza bestellt, natürlich nur für die Arbeitgeber-Seite. Wolfgang hat dies auf dem Hof mitbekommen und den Boten in den Besprechungsraum des Betriebsrats »umgeleitet«. Als die Chefsekretärin sich erkundigen musste, wo die Pizza geblieben sei, erhielt sie die Antwort: »Die haben wir schon gegessen.« Der Geschäftsführer hat bei der Fortsetzung der Verhandlungen das Thema mit keinem Wort angesprochen. Auch das war Wolfgang.

Martin Hornung,
IG Metall Heidelberg

Kampf um besseres

Replik auf Werner Volz –

Gerd Kupfer hat in der von Benedikt Hopmann herausgegebenen Reihe »widerständig« eine Analyse des Kampfs von Bremer Daimler-Beschäftigten gegen die Fremdvergabe der Logistik an eine Werkvertragsfirma vorgelegt (VSA 2017). Über die konkrete Auseinandersetzung hinaus sollte damit auch eine exemplarische Antwort auf die Frage gegeben werden, wie den – bislang mitbestimmungsfreien, weil dem wirtschaftlichen Direktionsrecht der Unternehmen unterliegenden – Formen der Kostensenkung durch Fremdvergabe begegnet werden kann: Wie können Aktive, Betriebsräte und Belegschaften mit der Fragmentierung von Belegschaften, mit Auslagerungen in tarif- und mitbestimmungsfreie Tochtergesellschaften und der Umwandlung bislang kollektivvertraglich geregelter Arbeitsverhältnisse in Leih- bzw. Werkvertragsarbeit, also in der Regel mitbestimmungs- und tariffreier Beschäftigungsverhältnisse ›zweiter Klasse‹ umgehen? Mit dem folgenden Beitrag von Benedikt Hopmann setzen wir die Kontroverse um die Frage »Florett der Mikropolitik oder Streiksäbel?« fort. Angesichts der zunehmenden Verbreitung von »On-

Zusätzlich sollte ab Oktober 2016 über eine neue Entgeltstruktur verhandelt werden (§ 5 Zukunftstarifvertrag). Dagegen wurde in ver.di heftige Kritik laut. Ver.di-Führungskräften im Handel wurde unterstellt, in einem wohl sanierungsbedürftigen Unternehmen wie Real eine neue Entgeltstruktur auszuhandeln, die dann über den Metrokonzern und über Konkurrenten von Real Auswirkungen für die gesamte Branche hätte bzw. haben sollte. Sich als Gewerkschaft an einer der lahmsten Enten zu orientieren galt nicht als Teil einer erfolgversprechenden Tarifstrategie. Auch auf diese KritikerInnen sollte eine schon vorab im »Zukunftstarifvertrag« vereinbarte Besitzstandswahrung wirken. Sollte es nämlich infolge neuer Tarifgruppen zu Gehaltskürzungen kommen, sollten diese gemildert werden. Damit wurde auch vorab bestätigt, worum es bei den Verhandlungen über die Entgeltstruktur gehen sollte: Absenken von Teilen der Gehälter, vor allem der VerkäuferInnen und KassiererInnen, der ungelernten Verkaufskräfte sowie der »Regalpfleger«.

Löhne, Preise, Profite bei Real

Diese Tarifverhandlungen ließ Real nun platzen. Am 27. März 2018 verkündete Real das endgültige Aus, nachdem es bei den Verhandlungen mit ver.di am 19. Februar ein unakzeptables und nicht mal verhandelbares »Angebot« vorgelegt hatte. Im Kern sollten mit sieben Entgeltgruppen die bisherigen Entgelte um bis zu 40 Prozent gekürzt werden. So sollte das niedrigste Monatsentgelt 1.630 Euro brutto für »Verräumer, Mitarbeiter Leergut, Mitarbeiter mobile heiße Theke, Küchenhilfe« betragen, das mit 3.300 Euro brutto höchste Tarifentgelt sollten die »Abteilungsleiter Frische-Service, Verwaltung oder Disposition (Lager) und Leiter Gastronomie« bekommen. KassiererInnen, die z.B. nach dem Flächentarifvertrag NRW derzeit 2.579 Euro erhalten, würden mit 1.800 Euro abgespeist.

Real verlangte im Interesse der Profite faktisch von ver.di den organisations- und tarifpolitischen Selbstmord. Welche nicht-gelbe Gewerkschaft könnte sich auf ein solches Lohndumping einlassen? Auf jeden Fall nicht ver.di! Zudem gehören die KassiererInnen in den Arbeitskämpfen zu den aktivsten. Ein Knochenjob und dafür derzeit schon ein Monatsgehalt, das kaum zum Leben in der Großstadt reicht, von einem anständigen Leben in der Rente ganz zu schweigen. Und das jetzt um 30-40 Prozent kürzen. Selbst eine Besitzstandswahrung wäre da nicht einmal ein Trostpflaster. Die meisten KassiererInnen arbeiten als Teilzeitkräfte; nicht so sehr, weil sie es wollen, sondern weil es an der Kasse kaum noch Vollzeitarbeitsplätze gibt.

Zu keiner Zeit haben die Real-Herren bei den Verhandlungen auf die KundInnen und Umsätze Bezug genommen.

Mit niedrigeren Löhnen die Preise senken, um die Umsätze zu erhöhen, damit die Profite stimmen – das wäre dann doch zu viel an offener und stringenter Argumentation gewesen. Die Kaufmanns-Rhetorik, die gerne vergessen machen will, dass der Handel Teil der kapitalistischen Logik ist, neigt nicht zum Stilelement Realismus.

Was will nun Real?

Das Aufkündigen der Verhandlungen begleitete Real mit mehrdeutigen Handlungen und Erklärungen. So wurde am bisherigen Arbeitgeberverband HDE öffentlich heftige Kritik geübt – nur, um den angekündigten Übertritt in den Arbeitgeberverband AHD, ein konzerneigenes Konstrukt der Metro, öffentlich rechtfertigen zu können? Auf Rechte und Pflichten aus dem Zukunftstarifvertrag, wie die vereinbarte Schlichtung anzurufen, wurde verzichtet – warum? Was soll die Ankündigung, das Unternehmen real,-SB-Warenhaus GmbH mit der Metrokonzerntochter Real Services GmbH zu verschmelzen? Soll mit dieser Verschmelzung sofort eine neue Tarifbindung mit dem DHV (im Christlichen Gewerkschaftsbund) erlangt werden? Oder sollen daraus folgende Rechtsstreitereien mit ihrer langen Dauer genutzt werden, um befürchtete Arbeitskämpfe zu erschweren? Oder soll einfach nur ver.di weichgeköchelt werden?

Was tut nun ver.di?

Die jetzige Situation, nicht nur die tarifpolitische, muss aus verschiedenen Gründen exakt analysiert werden. Zunächst natürlich im Hinblick auf die Rechtslage – für die Beschäftigten, den (Gesamt-)Betriebsrat, aber besonders für ver.di. Auch wenn ver.di den o.g. Haustarif des DHV ablehnt, weil er drastische Absenkungen bedeuten würde: Ist denn wirklich klar, dass sich Real eine Tarifbindung mit ver.di nicht über einen anderen, bereits bestehenden Tarifvertrag erschleichen kann, der für Verkaufstätigkeiten weder beabsichtigt noch geeignet ist? M.a.W.: Kann die Real Services GmbH eine Tarifbindung an ver.di durch einen alten Tarifvertrag, der ggfs. schon längst in Vergessenheit geraten scheint, herstellen?

Will und wird ver.di das jetzige Verhalten von Real, das allerdings völlig konform ist mit einem seit Jahren geübten Verhalten des Metrokonzerns, zum Anlass nehmen, die neue, den Gewerkschaften gegenüber angekündigte Offenheit der SPD für eine Eindämmung kapitalistischer Praktiken und eine sinnvolle Re-Regulierung produktiv werden zu lassen? Die Forderung nach einer erneuten, diesmal sinnvollen Novellierung des Tarifvertragsgesetzes und damit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung könnte jedenfalls sofort an die Unterstützung von Frank Bsirske für die neue GroKo mit der SPD anschließen – und würde damit sowohl den ver.di-Vorsitzenden als auch die SPD beim Wort nehmen.

Und wie wird ver.di auf die jetzt bei vielen Interessierten inner- und außerhalb von Real geäußerte Erwartung »Jetzt muss ver.di streiken und kämpfen« reagieren? Das, was sich derzeit bei Real abspielt – und einiges dürfte noch in den Kulissen passieren – ist ganz sicher kein rein gewerkschaftliches Thema. Gesellschaftliche Bündnisse bieten sich geradezu an. Im Einzelhandel sind 70-80 Prozent der Beschäftigten Frauen.* *anton kobel*

In der Küche hat Zeynep das Sagen

NEUAUFLAGE

Beim Kampf gegen Schlecker ging es nicht nur um die Anerkennung von Tarifverträgen und Betriebsräten, sondern um das menschenfeindliche, despotische System, mit dem Schlecker seine Beschäftigten seit Jahren unter der Fuchtel hielt. Der Kampf hatte überragende Bedeutung für unsere Gewerkschaftsarbeit. Die »Schlecker-Kampagne« ist inzwischen zu einem Begriff geworden. Er steht für eine andere, neue Form gewerkschaftlichen Kampfes und gewerkschaftlicher Politik, bei denen sich die Gewerkschaft als Teil einer »sozialen Bewegung« versteht. (225 S.)

12 Euro zzgl. Porto u. Versand
Zu beziehen über die Redaktion des express: express-afp@online.de
Tel. (069) 67 99 84

* *Welche Möglichkeiten des Arbeitskampfs und Ansatzpunkte für gut komponierte Kampagnen sich daraus ergeben, lässt sich u.a. hier nachlesen:*
Kirsten Huckenbeck, Anton Kobel, Uli Wohland (Hg.) (2008): »›Kampagnen‹ – eine Kampfform der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Konzepte, Beispiele, Erfahrungen« (online unter: http://express-afp.info/publikationen); Anton Kobel (Hg.) (2014): »Wir sind stolz auf unsere Kraft«, VSA: Hamburg; Jens Huhn (2007): »Die Schlecker-Kampagne 1994 – 1995«, über die Redaktion des express

Anmerkung:

1 *Jürgen Glaubitz (2017): »Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel. Zwischen Preiskrieg, Tarifflucht und Altersarmut«, hrsg. von ver.di-Bundesvorstand, Fachbereich Handel, Düsseldorf*

Recht

Von Benedikt Hopmann*

site-Werkverträgen« ist ein Austausch und eine Weiterentwicklung wirksamer Mittel gegen die systematische Zerschlagung von Belegschaften und Standards dringend geboten.

Werner Volz meint, sein Beitrag (express 1-2/2018) beschäftige sich sehr wohl mit der Frage, wie Ausgliederung verhindert werden kann. Präventiv wirke Mikropolitik vor allem dann, wenn es der Interessenvertretung gelingt, betriebliche Entscheidungsprozess zu beeinflussen.

Es ist mehr als ärgerlich, dass Werner Volz weiterhin darüber hinweg geht, dass die abhängig Beschäftigten keinerlei Rechte haben, gegen Ausgliederung vorzugehen. Verhandlungen von Betriebsräten über einen Interessenausgleich können ausgehen wie das Hornberger Schießen. Wenn der Arbeitgeber einem Interessenausgleich nicht zustimmen will, gibt es keinen Interessenausgleich; dann entscheidet über das »Ob«, »Wann« und Wie« das Unternehmen alleine. Auch die Gewerkschaften haben keine Rechte, gegen Ausgliederungen vorzugehen. Denn die Rechtmäßigkeit eines Streiks, der sich gegen eine Ausgliederung richtet, ist zumindest umstritten. Angesichts der Tatsache, dass Ausgliederungen wie ein Sturm durch die gesamte Wirtschaft gehen und mit dieser Vergabe von betriebsinternen Tätigkeiten an Fremdfirmen über Jahre erkämpfte Errungenschaften auf einen Schlag beseitigt werden, ist es von zentraler Bedeutung, diese Rechtlosigkeit in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Politik zu rücken.

Gewerkschaften versuchen dieser Rechtlosigkeit zu entkommen, indem sie auf andere, zulässige Streikziele ausweichen, die obendrein nicht der Friedenspflicht unterliegen. So vermied die Berliner Belegschaft des ehemaligen Maschinenbauunternehmens Orenstein & Koppel es etwa vor über zehn Jahren, in ihrem lang andauernden Streik den Verzicht auf eine Produktionsverlagerung direkt zu fordern. Stattdessen stellte sie in einem Sozialtarifvertrag so hohe Abfindungsforderungen, dass deren Erfüllung die Verlagerung unrentabel gemacht hätte. Auch bei Ausgliederungen sind solche Forderungen denkbar, wenn Nachteile für die Beschäftigten entstehen, die bisher die Tätigkeiten ausgeübt haben, die ausgelagert werden sollen.

2015 begründete Andrea Kocsis die Forderungen, mit denen ver.di gegen die Post streikte, so: »gegen eine Auslagerung von Firmen dürfen Sie nicht streiken. Also haben wir den Tarifvertrag über die Arbeitszeit gekündigt und eine Reduzierung von 38,5 auf 36 Wochenstunden gefordert« (*SZ* v. 8. Juli 2015). Und in einem Interview, das sich 2015 auf der Homepage der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fand, führte sie aus: »Wir haben gesagt, dass wir bereit sind, auf die Arbeitszeitforderung zu verzichten, wenn das Outsourcing rückgängig gemacht wird«. Ver.di nannte das Ziel, auf das es im Streik ankam, nur indirekt. Die Gewerkschaft durfte nicht sagen, wofür sie kämpft. Wie soll sie unter diesen Umständen eine Urabstimmung durchführen?

Werner Volz geht es darum, »die heute vorhandenen Möglichkeiten zu thematisieren«. Aber unter den beschriebenen Bedingungen der Rechtlosigkeit sind Erfolge bei der Abwehr einer Ausgliederung sehr schwer durchzusetzen. Das zusammen mit der Überschrift des Beitrags von Werner Volz »Wie wird wirtschaftliche Mitbestimmung erkämpft?« führt zur Desorientierung. So sind kaum Erfolge zu erzielen.

Der Betriebsrat des Bremer Mercedes-Werkes konnte die Vergabe von betriebsinternen Tätigkeiten an Fremdfirmen deswegen nicht verhindern, weil ihm die Rechte dafür fehlen, und nicht weil er die »vorhandenen Möglichkeiten« nicht ausschöpfte und die Ratschläge von Werner Volz nicht beachtete.

Ich habe in meinem Beitrag ausdrücklich hervorgehoben, dass dann, wenn »das Kind in den Brunnen gefallen ist«, also wenn die Ausgliederung vollzogen ist, selbstverständlich solche Mittel eingesetzt werden müssen, wie sie Werner Volz beschreibt.

Fortsetzung auf Seite 6 unten

Der weiße Finanzmarkt

Pflege als Spekulationsobjekt – Von Rainer Bobsin*

»European healthcare – a golden opportunity for private equity« – so titelte McKinsey & Company im Juni 2017.[1] Auch deutsche Gesundheitseinrichtungen werden von internationalen Private-Equity-Investoren als »goldene« Gelegenheit wahrgenommen und übernommen. Dies betrifft sämtliche Versorgungsbereiche: Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste, Arzt- und Zahnarztpraxen bzw. Medizinische Versorgungszentren sowie Rehakliniken und Krankenhäuser. Das zeigt eine Auswertung aller öffentlich zugänglichen Informationen über den Kauf von Gesundheitseinrichtungen durch Private-Equity-Gesellschaften vom Dezember 2017, deren Ergebnisse im Folgenden zusammengefasst werden.[2]

Dabei muss aufgrund der intransparenten Marktsituation, resultierend aus fehlenden Veröffentlichungspflichten, undurchsichtig verschachtelten Konzernstrukturen oder sich in Steueroasen versteckenden Fonds muss davon ausgegangen werden, dass nicht alle Übernahmen identifiziert werden konnten. Beachtet werden sollte außerdem, dass jede Bestandsaufnahme nur eine Momentaufnahme darstellen kann, da viele der Investoren erst am Anfang ihrer Akquisitionsphase stehen und in entsprechend rascher Folge dazukaufen. Das verdeutlichen auch die ersten vorliegenden Zahlen von 2018, auf die hier ebenfalls eingegangen wird (Stand: Mitte April 2018).

Wie Private Equity funktioniert

Insgesamt machen sich die verschiedensten Arten von Finanzinvestoren in der deutschen Wirtschaft immer breiter. Gesundheitseinrichtungen werden überwiegend von Private-Equity-Fondsgesellschaften übernommen. Dies sind Kapitalsammelstellen, die einzelne »Töpfe« (Fonds) einrichten, in die von Anlegern eingesammeltes Geld fließt, um damit andere Unternehmen zu kaufen. Das Gabler-Wirtschaftslexikon definiert: »Von privaten Anlegern und/oder institutionellen Anlegern bereitgestelltes Eigenkapital, mit dem Beteiligungsgesellschaften (Private-Equity-Gesellschaften) Unternehmensanteile für einen begrenzten Zeitraum erwerben, um eine finanzielle Rendite zu erwirtschaften.«[3]

Motivation ist vor allem die Aussicht auf die Steigerung des Verkaufswertes eines Unternehmens. Der hauptsächliche Geschäftszweck besteht darin, ein übernommenes Unternehmen mit möglichst hohem Gewinn möglichst schnell wieder zu verkaufen.[4] Ziel ist deshalb, sämtliche Entscheidungen beherrschen zu können – weshalb Minderheitsbeteiligungen selten sind. Das operative Geschäft kann beim vorherigen Management verbleiben, wird aber von Managern des Private-Equity-Investors »unterstützt«. Mit einbezogen in die Auswertung wurden sog. »Family Offices«. Dies sind Beteiligungsgesellschaften im Besitz entsprechend wohlhabender Einzelpersonen oder Familien, die eigenes Kapital investieren, ihr Engagement aber meist nicht befristen und die daher langfristiger denken können.

Die Haltedauer, d.h. der Zeitraum zwischen Kauf und Verkauf eines Unternehmens, lag im Durchschnitt aller untersuchten Gesundheitseinrichtungen bei unter vier Jahren.

Buy and build – die vorherrschende Investmentstrategie

Der niederländische Finanzinvestor Waterland Private Equity, dem in Deutschland neben etwa zehn Prozent aller Reha-Betten (Median-Kliniken) auf Orthopädie spezialisierte Kliniken (Atos-Kliniken), Augenarztpraxen (ZG Zentrum Gesundheit), Pflegeheime und Pflegedienste (Schönes-Leben-Gruppe) sowie »Kinderwunschzentren« (VivaNeo-MVZ) gehören, erklärt *Buy and build* folgendermaßen: »Nachdem eine erste Investition in ein ›Plattform-Unternehmen‹ erfolgt ist, unterstützt Waterland das Management aktiv bei der Umsetzung der zuvor vereinbarten Wachstums- und Konsolidierungsstrategie. Mithilfe einer aktiven und zielgerichteten ›Buy-and-build‹-Strategie werden ergänzende Zukäufe nacheinander in das Plattform-Unternehmen integriert, um den Investment-Cluster zu vergrößern und die Marktposition zu stärken.«[5]

Kurzgefasst kann das auch so formuliert werden: Kaufen, was der Markt hergibt, fusionieren und auf Rendite trimmen, damit sich beim späteren Verkauf im Idealfall mehrere Interessenten gegenseitig überbieten.

Woher kommen die Käufer und wie entwickeln sich die Zahlen?

Die in Deutschland im Bereich der Gesundheitsversorgung seit 1998[6] einkaufenden 41 Private-Equity-Gesellschaften kommen bisher aus Großbritannien (11), Deutschland (10), den USA (6), Frankreich und den Niederlanden (jeweils 3), Belgien, der Schweiz und Schweden (jeweils 2) sowie Luxemburg und Jersey (jeweils 1).

Die zeitliche Entwicklung der Private-Equity-Aktivitäten kann über die Anzahl der Käufe pro Jahr veranschaulicht werden. Beachtet werden muss, dass es sich dabei um die Anzahl der Käufe (»Deals«) handelt, nicht um die Anzahl gekaufter Einrichtungen. Ein Verkauf einzelner Einrichtungen kommt zwar vor, in der Regel sind es aber deutlich mehr. Die Anzahl betroffener Einrichtungen liegt also insgesamt wesentlich höher (Beispiel 2009: 40 Median-Rehakliniken = 1 Kauf, Beispiel 2017: 160 Alloheim-Pflegeheime = 1 Kauf). Diese Zählweise ist üblich, da in vielen Fällen die Zahl der Einrichtungen nicht veröffentlicht wird und eine Ermittlung viel zu aufwändig wäre. In Tabelle 1 sind die insgesamt 212 identifizierten Käufe zusammengefasst.

1998		2003	2004	2005	2006
2		3	2	2	1
2007	2008	2009	2010	2011	2012
8	6	4	7	11	12
2013	2014	2015	2016	2017	2018
19	16	21	28	57	13

Tabelle 1: Anzahl der Käufe pro Jahr (2018: Januar bis Mitte April)

Bei Betrachtung der letzten Jahre fallen zwei Interessenschwerpunkte auf (siehe Tabelle 2): Pflegeeinrichtungen/-dienste und Medizinische Versorgungszentren (MVZ) (inkl. übernommener Arzt- und Zahnarztpraxen sowie der als MVZ-Trägergesellschaft gekauften Krankenhäuser).

	Krankenhäuser	MVZ	Reha	Pflege
2015		10	2	9
2016	2	12	4	10
2017	4	27	3	23
2018		9		4
Summe (119)	6	58	9	46

Tabelle 2: Anzahl der Käufe in den letzten Jahren nach Versorgungsbereichen (2018: Januar bis Mitte April)

Stationäre Pflegeeinrichtungen

In diesem kleinteiligen und stark wachsenden Bereich liegt der Private-Equity-Anteil bei etwa 5 Prozent der rund 930.000 Pflegeheimplätze. Vor allem aufgrund sich in den letzten Jahren erstmals engagierender Private-Equity-Investoren ist zu erwarten, dass ihr Anteil auch weiterhin stark steigen wird. (Siehe Tabelle 3)

Verstärkt zu beobachten ist, dass Pflegeheimbetreiber zusätzlich in ambulante Angebote investieren.[7]

Außerklinische Intensivpflege

Die ambulante Intensivpflege versorgt schwerstpflegebedürftige PatientInnen außerhalb von Kliniken in Form einer 1:1-Betreuung zuhause oder personalsparender in dafür angemieteten oder gekauften Räumlichkeiten, den sog. Intensiv- oder Beatmungs-Wohngemeinschaften.[8] Die vorwiegend von spezialisierten Pflegeunternehmen durchgeführten Betreuungsleistungen bilden einen kleinen, aber ebenfalls stark wachsenden Bereich der Gesundheitsversorgung.[9]

In diesem sehr kleinteiligen Markt mit zahlreichen Pflegediensten, die mit wenigen Beschäftigten nur einzelne PatientInnen betreuen, ist davon auszugehen, dass sich fast alle großen privaten, überregional tätigen Intensivpflegedienste im Besitz von Private-Equity-Investoren befinden:

- Mérieux Développement (Frankreich): Bonitas-Holding, 96 Standorte, etwa 3.600 Beschäftigte,
- Chequers Capital (Frankreich): Deutsche Fachpflege Holding, über 50 Wohngruppen, 16 ambulante Pflegedienste, etwa 3.200 Beschäftigte,
- Adiuva Capital GmbH (Hamburg): Advita Pflegedienst GmbH, 26 Niederlassungen, rund 1.900 Beschäftigte,
- Ergon Capital Partners (Belgien): Deutsche Intensivpflege-Gruppe, 11 ambulante Pflegedienste, über 30 Wohngruppen, über 1.000 Beschäftigte,
- Vitruvian Partners (Großbritannien): Linimed-Fazmed-Gruppe, mehr als 40 Standorte, über 850 Beschäftigte.

Abzuwarten bleibt, wie sich die von der Cofra Holding AG (Schweiz) Anfang 2018 übernommene DPG Deutsche Pflegegruppe GmbH sowie die von Auctus Capital Partners (München) 2016 gegründete Providentia Intensivpflege Group GmbH entwickeln.

Medizinische Versorgungszentren

MVZ sind, wie Arztpraxen, Einrichtungen der ambulanten medizinischen Versorgung. Sie wurden 2004 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung definiert und ihre Einführung mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz beschlossen. Diese neu geschaffene Möglichkeit, über das auf den Zuständigkeitsbereich einer Kassenärztlichen Vereinigung begrenzte Gebiet hinaus bundesweit zu expandieren, leitete eine Konzern-Bildung auch in diesem Versorgungsbereich ein.

Fortsetzung von S. 9, »Kampf um...«

Dann muss alles in einem zähen Kleinkrieg wieder zurückerobert werden, was durch die Ausgliederung genommen wurde. Und wenn alles gut läuft, wird am Ende auch die Ausgliederung wieder zurückgenommen, weil sie sich nicht mehr rechnet. Ich habe schon in meinem letzten Beitrag auf das Buch »Aufstand der Töchter« hingewiesen, in dem der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen nach einer Ausgliederung und am Ende dieses Kampfes die Rücknahme der Ausgliederung beschrieben wird. (Siehe: Jana Seppelt, Reinhold Niemerg u.a.: »Der Aufstand der Töchter – Botanischer Garten Berlin: Gemeinsam staatlich organisierte prekäre Beschäftigung überwinden«, Hamburg 2017 sowie die Rezension von Peter Nowak in *express*, Nr. 3/2018) Aber Werner Volz stellt seine Vorschläge im Rahmen der »vorhandenen Möglichkeiten« als die bessere Option dem Handeln der Bremer KollegInnen gegenüber, die die Ausgliederung der Logistik und damit einhergehend Lohndumping und Spaltung der Belegschaft erst gar nicht zulassen wollten und sich nicht zufrieden gaben mit dem rechtlich Möglichen, sondern nach Wegen suchten, die Rechte der abhängig Beschäftigten zu verbessern. Während die Bremer KollegInnen den Mut zum Handeln gegen ihre Rechtlosigkeit hatten, hat Werner Volz nicht einmal den Mut, gegen diese Rechtlosigkeit in Worten und Gedanken anzugehen, sondern begnügt sich damit, den Kampf für ein besseres Streikrecht als unrealistisch abzuqualifizieren.

Werner Volz erklärt: »Einen formellen Zugang zu wirtschaftlicher Mitbestimmung via Richterrecht ... halte ich in der gegenwärtigen Situation für unrealistisch«. Warum der Kampf für eine Verbesserung des Streikrechts unrealistisch sein soll, begründet er nicht.

Der Kampf für eine Verbesserung des Streikrechts ist eben nicht unrealistisch. So hat zum Beispiel der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass ein Streik nicht schon deshalb unzulässig ist, weil eine von mehreren Forderungen unzulässig ist. Diese Rechtsprechung ist unvereinbar mit der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, das das genau anders herum sieht. Es ist realistisch, darauf hinzuarbeiten, diese Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu kippen. Dieser Kampf für eine Verbesserung des Streikrechts ist nur solange unrealistisch, wie er nicht ausgefochten wird. Es ist dringend notwendig, dass in den Gewerkschaften eine Diskussion in Gang kommt, was praktisch zu tun ist im Kampf für mehr Rechte der abhängig Beschäftigten.

** Benedikt Hopman ist Rechtsanwalt in Berlin und hat unter anderem die Kassierein »Emmely« und KollegInnen von Daimler Bremen unterstützt.*

Nordic Capital (Jersey, seit 2017): Alloheim Senioren-Residenzen	etwa 20.100 Plätze
Oaktree Capital Management (USA, seit 2017): Vitanas-Holding	etwa 8.300 Plätze
Chequers Capital (Frankreich, seit 2017): Emvia Living	etwa 5.500 Plätze
Quadriga Capital (Frankfurt/M., seit 2015): Dorea-Holding	etwa 4.700 Plätze
EQT (Schweden, seit 2014): Charleston-Holding	etwa 3.700 Plätze
Verlinvest (Belgien, seit 2016): DPUW Deutsche Pflege u. Wohnen	etwa 3.000 Plätze
Waterland Private Equity (Niederlande, seit 2017): Schönes-Leben-Gruppe/Compassio	etwa 3.000 Plätze

Tabelle 3: Privat Equity in stationären Pflegeheimen

2011 stellte die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung »Mittelabflüsse an private, rein gewinnorientierte Organisationen« fest und bemerkte, dass medizinische Entscheidungen von Kapitalinteressen beeinflusst werden könnten. Sie bezeichnete dies als »Gefahr«.

Diese Gefahr wollte der Gesetzgeber mit dem 2012 in Kraft getretenen GKV-Versorgungsstrukturgesetz eindämmen, indem Investoren, die allein Kapitalinteressen verfolgen, von der MVZ-Gründung ausgeschlossen werden sollten: »Die Zulassungsregelungen für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) werden modifiziert mit dem Ziel, die Unabhängigkeit medizinischer Entscheidungen zu sichern. Hierzu gehört insbesondere die Beschränkung der MVZ-Gründungsberechtigung auf Vertragsärzte und Krankenhäuser mit Ausnahmeregelung aus Versorgungsgründen für gemeinnützige Trägerorganisationen.«[10] Damit blieb die am nächsten liegende Möglichkeit, die es allen Interessierten, also auch Private-Equity-Fonds, weiterhin erlaubte, MVZ zu gründen: »Dann kauf' ich mir ein Krankenhaus«.

Seitdem wurden 20 Krankenhäuser übernommen, um sie als MVZ-Trägergesellschaft zu installieren. Davon gingen zwölf Häuser an Private-Equity-Investoren. Durch Ausnutzen dieses und weiterer »Schlupflöcher« konnten Private-Equity-Gesellschaften inzwischen zahlreiche Arztpraxen übernehmen und in MVZ umwandeln oder MVZ kaufen. Aufgrund der intransparenten Marktsituation und der Tatsache, dass es keine veröffentlichten Daten über die wahren MVZ-/Praxisbesitzer gibt, kann die Anzahl der im Private-Equity-Besitz befindlichen MVZ-/Praxis-Standorte nur grob auf etwa 340 geschätzt werden, davon etwa 30 Zahnarzt-MVZ (von insgesamt rund 2.500 MVZ[11] und etwa 300 Zahnarzt-MVZ[12]).

Krankenhäuser

Im Besitz von Private-Equity-Unternehmen befinden sich insgesamt etwa 7.100 Krankenhausbetten. Das entspricht etwa 1,4 Prozent aller Krankenhausbetten. Davon gehören fast 4.800 Betten der Ameos AG (mehrheitlich im Besitz des US-amerikanischen Private-Equity-Investors Carlyle Group). Daneben befinden sich etwa 560 Betten der Oberberg-Kliniken (psychiatrische Privatkliniken), seit November 2017 im Besitz von Trilantic Capital Management (USA), und etwa 480 Betten der Atos-Kliniken (orthopädische Fachkliniken) im Besitz von Waterland Private Equity (Niederlande). Der Erwerb eines Krankenhauses als MVZ-Trägergesellschaft betrifft vor allem kleine Häuser – schließlich sollen die MVZ-Konzernbilanzen nicht durch übermäßige Krankenhaus-Defizite belastet werden.

Die Gründe für das als vergleichsweise gering einzustufende Engagement von Private-Equity-Investoren im Bereich Krankenhäuser dürften die starke Präsenz der privaten Klinikkonzerne (Helios-Kliniken GmbH, Asklepios Kliniken GmbH, Sana Kliniken AG), drohende Defizite und der schrumpfende Markt (kontinuierlicher Bettenabbau) sein.

Abzuwarten bleibt, an wen der insolvente Paracelsus-Konzern (ca. 2.000 Krankenhaus- und 1.700 Reha-Betten) verkauft wird.[13]

Rehakliniken

Gravierend ist dagegen die 2011 mit der Übernahme der RHM Kliniken und Pflegeheime begonnene Bildung des Reha-Konzerns Median-Kliniken durch Waterland Private Equity.[14]

Median beschreibt sich selbst als »größten privaten Betreiber von Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland – mit 18.000 Betten und Behandlungsplätzen. [...] mit insgesamt 120 Rehabilitationskliniken, Akutkrankenhäusern, Therapiezentren, Ambulanzen und Wiedereingliederungseinrichtungen. [...] Die ca. 15.000 Beschäftigten der Gruppe behandeln und betreuen jährlich etwa 230.000 Patienten und Bewohner in 14 Bundesländern.«[15] Die angegebene Bettenzahl entspricht über zehn Prozent aller Reha-Betten in Deutschland.

Zum Vergleich: Die 16 Träger der Deutschen Rentenversicherung verfügen insgesamt über ein deutschlandweites Netz von 93 eigenen Rehabilitationseinrichtungen mit zusammen etwa 19.000 Betten und ambulanten Plätzen.

Der Brunnen soll, umringt von Sitzplätzen, später den Mittelpunkt des Dorfes bilden

Wie lässt sich die beschriebene Entwicklung erklären?

Die weltweite Niedrigzinspolitik der vergangenen Jahre führte dazu, dass sog. institutionelle Anleger (Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds, Staatsfonds) ihre Gelder verstärkt Private-Equity-Fonds anvertrauten in der Hoffnung, hiermit überdurchschnittliche Verzinsungen zu erzielen. Private-Equity-Fondsgesellschaften stehen inzwischen vor dem Problem, dass sie mehr Geld von Anlegern einsammeln, als sie ausgeben können. In der Folge dieses »Anlagedrucks« rückten einerseits immer kleinere Unternehmen in den Fokus, beispielsweise Pflegedienste und Arztpraxen.

D. Sauer/U. Stöger/J. Bischoff/R. Detje/B. Müller: Rechtspopulismus im Betrieb | Heinz Bierbaum: Europäische Linke: Kooperation & Fragmentierung | Luke Cooper/Mary Kaldor u.a.: Jeremy Corbyn, die Reform der EU und die Erneuerung der Sozialdemokratie Richard Gebhardt: Wie »konservativ« ist die Union? | Hartmut Reiners: Bürgerversicherung – das Einfache, das so schwer zu machen ist | Erhard Korn: Wider die bonapartistische Versuchung | Supplement: Peter Brandt: »Trotzkismus« in Deutschland

Probeabo (3 Hefte): € 14,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6 20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50 E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Andererseits trat die »Hemmschwelle« der gesetzlichen Regulierungen im Gesundheitswesen in den Hintergrund.

Dazu kommen die im weltweiten Vergleich sehr stabile gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands, die sichere Refinanzierung im deutschen Gesundheitssystem und die im Gesundheitswesen anzutreffenden sehr »fragmentierten Märkte« (im Hinblick auf die beschriebene Buy-and-Build-Strategie). Die Abwesenheit mächtiger, finanzkräftiger anderer Marktteilnehmer erhöht zudem die Wahrscheinlichkeit, eine angestrebte Übernahme realisieren zu können. Ein vergleichsweise geringer Private-Equity-Anteil lässt sich auch mit starken Mitbietern erklären (beispielsweise die schon genannten privaten Krankenhauskonzerne oder bei Dialyse-Einrichtungen: KfH, PHV, Fresenius Medical Care, B. Braun und DaVita).

Besonders interessant sind wachsende Märkte, die aufgrund der demografischen Entwicklung und der gesundheitspolitischen Vorgabe »ambulant vor stationär« leicht zu identifizieren sind, sowie die steigende Nachfrage nach privat zu zahlenden Dienstleistungen (beispielsweise »Kinderwunsch«-MVZ oder »ästhetische Behandlungen« in dermatologischen oder Zahnarztpraxen).

Auf der anderen Seite gilt selbstverständlich: »kein Kauf ohne Verkäufer«. Der wesentliche Grund für einen Verkauf an einen Private-Equity-Investor ist die Nachfolgeregelung

Fortsetzung auf Seite 8 oben

What's left?

Was ist heute links? Was ist von unseren Träumen geblieben?

Wir dokumentieren hier einen Aufruf von Theo Steegmann und Hendrik Thome, mit dem sie anknüpfend an die Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet und anlässlich der vielfältigen Veranstaltungen rund um 50 Jahre 1968 und 200 Jahre Karl Marx die Plattform »What's left« eröffnen und Menschen aus dem Ruhrgebiet zur Beteiligung einladen wollen. Die Themen dieser Plattform sollen sich auf Basis der Diskussionsforen entwickeln. Erste eigene Veranstaltungen sind aber auch schon geplant, so zu »100 Jahre Novemberrevolution« mit dem Politikwissenschaftler und Vorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Uli Schöler am 8. Dezember in Duisburg.

Es war die organisierte Arbeiterbewegung, die vor 100 Jahren den deutschen Aggressionskrieg beendete und in der Novemberrevolution die erste demokratische Republik errichtete. Und es war die Studentenbewegung vor 50 Jahren, die den reaktionären Mief aus den Köpfen vertrieb und neue Freiheit erkämpfte. Es folgte das kurze Zeitalter der Sozialdemokratie, bis 16 Jahre Helmut Kohl sich bleiern über das Land legten.

Was hätte die Linke erreichen können, wenn sie nicht innerlich zerstritten gewesen wäre? Wie viel Leid wäre der Menschheit erspart geblieben, wenn sie sich mit vereinten Kräften dem Faschismus entgegen gestellt hätte? Der Ostblock-Sozialismus brach in sich zusammen. Welche Lehren haben wir aus diesem Irrweg gezogen? Kann es eine sozial gerechte Wirtschaft geben und wenn ja, wie sieht sie aus? Wie kann sich Sozialismus in der Demokratie entfalten?

Die unterschiedlichen Gruppierungen der Linken haben sich – was die Einschätzung ihrer Geschichte anbetrifft – gedanklich und ideologisch aufeinander zubewegt. Aber sie sind weiterhin davon entfernt, gemeinsam praktische Politik zu machen. Nach der letzten Bundestagswahl gibt es nicht einmal eine rechnerische Mehrheit für R2G (Rot-Rot-Grün; Anm. d. Red.). Trotzdem ist das Zusammengehen der linken Kräfte angesichts des politischen Erstarkens des Rechtsextremismus, der die sogenannte politische Mitte vor sich her treiben wird, dringlicher denn je.

Versuche, die Linke zu einigen, hat es viele gegeben. Unser neuer Versuch beginnt an der Basis. Wir wollen keine neue Partei gründen, wir wollen eine Plattform der Diskussion schaffen. Wir setzen auf eine gemeinsame politische Praxis der Linken in der SPD, bei den Grünen, in den Gewerkschaften, den unorganisierten und enttäuschten Linken und den Mitgliedern der Partei die Linke. Unser Bezugspunkt ist das Ruhrgebiet, einst die industrielle Basis Deutschlands mit einer starken Arbeiterbewegung, heute in Gefahr, abgehängt zu werden – wie andere Regionen auch. Lang anhaltende Strukturkrisen bei Kohle und Stahl haben die Zahl Abgehängter wachsen lassen, verwaltet von einer politischen Funktionärskaste, die durch Kirchturmdenken und Machtspielereien geprägt ist, in jeder Krise nach mehr Geld rufend, ohne Konzepte und gemeinsame Visionen.

Wir beginnen mit unserem politischen Erbe als Linke im Ruhrgebiet. Nach der Novemberrevolution gab es den zweiten großen Kampf um Räte und Sozialisierung, den Kampf der Roten Ruhrarmee gegen den

Fortsetzung auf Seite 8 unten

Fortsetzung von Seite 7, »Der weiße...«

bei inhabergeführten Unternehmen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag beschreibt dies so: »Immer mehr Unternehmer erreichen das Ruhestandsalter. Gleichzeitig dünnen die Jahrgänge der 25- bis 45-Jährigen aus, in denen sich sehr viele Personen für den Aufbau einer selbstständigen Existenz interessieren« und: »ein ›Familienautomatismus‹ zur Übernahme des Unternehmens durch Tochter oder Sohn ist immer seltener anzutreffen.«[16]

Als Verkaufsgrund kommt ein Kapitalbedarf, der die eigenen Beschaffungsmöglichkeiten übersteigt, hinzu, beispielsweise bei Expansionsplänen, durch die fortschreitende Digitalisierung oder bei in der Vergangenheit unterlassenen Investitionen (»Investitionsstau«).

Selten zu finden waren Übernahmen aus Insolvenzen und Abspaltungen aus Gesundheitskonzernen (beispielsweise verkaufte die Rhön-Klinikum AG 2014 alle Augenärztlichen Diagnostik- und Therapiezentren an die damals im Portfolio von Palamon Capital Partners befindliche Ober-Scharrer-Gruppe).

Fazit – »Stille« stören

Weitgehend geräuschlos konnten Private-Equity-Unternehmen bisher bedeutende Bereiche der Gesundheitsversorgung in Deutschland aufkaufen. Nur gelegentlich erlangten Übernahmen öffentliche Aufmerksamkeit, die meisten wurden außer von den betroffenen Beschäftigten und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kaum zur Kenntnis genommen. Folglich blieb das »Marktgeschehen« in seiner Gesamtheit unbeobachtet.

Die hier vorgestellte Bestandsaufnahme möchte diese »Erkenntnislücke« schließen und ist als Aufforderung zu verstehen, sich mit der Situation auseinanderzusetzen. Diese Aufforderung richtet sich an drei Zielgruppen:

- Wissenschaft: Dringend erforderlich sind Untersuchungen zu konkreten Auswirkungen auf die Behandlungs- oder Betreuungsqualität, zu Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der betroffenen Beschäftigten und zu Wechselwirkungen auf das gesamte Gesundheitssystem. Einzelne Negativbeispiele und »gefühlte Zusammenhänge« reichen nicht aus, eine politische Debatte zu bestreiten. Dem Vorwurf, »ideologisch motiviert und nicht faktenbasiert« zu sein[17], mit dem die Träger privater Heime gewerkschaftlicher Kritik begegnen, müssen ja gerade Fakten entgegengestellt werden können.
- Politik: Sie muss vor allem dafür sorgen, dass Transparenz hergestellt wird über die eigentlichen Besitzer von Gesundheitseinrichtungen, deren Ziele und den Verlauf der Geldströme.
- Öffentlichkeit: Trotz vieler unbeantworteter Fragen sollte schon jetzt eine breite öffentliche Debatte und Strategiediskussion beginnen, wie der beschriebenen Entwicklung begegnet werden kann, denn von gesundheitspolitischen Entscheidungen sind alle Menschen betroffen – niemand möchte, dass die eigene Behandlung oder Versorgung davon abhängt, wie viel Rendite oder Verlust der persönliche Fall einbringt. Eine simple Frage lautet doch: Was würde wohl passieren, wenn der Feuerwehr eine Mindestzahl zu löschender Brände pro Monat vorgegeben wird?

** Rainer Bobsin ist freiberuflich tätig und arbeitet seit Jahren auch als Hintergrundrechercheur im Bereich des Gesundheitsmarktes und gelegentlich als Autor für den ver.di Infodienst Krankenhäuser. Jüngste Veröffentlichung: Rainer Bobsin: »Finanzinvestoren in der Gesundheitsversorgung in Deutschland. 20 Jahre Private Equity – Eine Bestandsaufnahme«, Offizin-Verlag, Hannover 2018, 60 Seiten, 6 Euro*

Anmerkungen:

1 *McKinsey & Company: »European healthcare – a golden opportunity for private equity«, 2017, als PDF verfügbar unter: https://www.mckinsey.com*
2 *Rainer Bobsin: »Finanzinvestoren in der Gesundheitsversorgung in Deutschland. 20 Jahre Private Equity – Eine Bestandsaufnahme«, Hannover 2018*
3 *Gabler-Wirtschaftslexikon, Stichwort »Private Equity«, https://wirtschaftslexikon.gabler.de*
4 *Mehr Infos in: Christoph Scheuplein: »Private Equity Monitor 2017«, Mitbestimmungsreport Nr. 40, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2018, als PDF verfügbar unter: https://www.boeckler.de*
5 *Zitiert von der Waterland-Internetseite: https://waterland.be/de/unsere-investment-strategie/ (zuletzt abgerufen am 14.4.2018)*
6 *1998 erfolgte der erste Kauf einer Gesundheitseinrichtung in Deutschland durch Private-Equity-Investoren: ECM Equity Capital Management übernahm den Pflegeheimbetreiber Casa Reha.*
7 *https://www.pflegemarkt.com/2017/12/19/die-groessten-pflegedienste-in-deutschland-2018/ (zuletzt abgerufen am 14.4.2018)*
8 *https://www.pflegemarkt.com/2016/08/30/wohngemeinschaften-mit-intensivpflege-angebotsverteilung-in-deutschland/ (zuletzt abgerufen am 14.4.2018)*
9 *Siehe auch ZDF Frontal 21, 14. April 2015: »Rendite mit Schwerstkranken – Das Geschäft mit der Intensivpflege«, https://www.youtube.com/watch?v=U0NZJp3tO-8, ARD Monitor, 8. September 2016: »Geschäfte mit Todkranken: Der boomende Markt der Intensiv-Pflege«, https://www.youtube.com/watch?v=vaA-hrLDvEg, und Der Spiegel: »Todkranke für WG gesucht«, Nr. 47/2017: http://www.spiegel.de*
10 *Begründung zum Gesetzentwurf, Bundestagsdrucksache 17/6906 vom 5. September 2011, S. 46, ausführlich ab S. 70, »Zu Buchstabe b«, als PDF verfügbar unter: http://dipbt.bundestag.de*
11 *Kassenärztliche Bundesvereinigung: »Medizinische Versorgungszentren aktuell zum Stichtag 31.12.2016«, Berlin 2017, S. 3, als PDF verfügbar unter: http://www.kbv.de/*
12 *Bundestagsdrucksache 18/13412 vom 25. August 2017, »Zahnärztliche Medizinische Versorgungszentren (MVZ)«, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, S. 2, als PDF verfügbar unter http://dip21.bundestag.de/*
13 *Siehe z.B. kma-online am 9.4.2018: »Paracelsus-Kliniken. Verdi fordert Fortbestand des Konzerns statt kurzfristiger Profitmaximierung«, https://www.kma-online.de/, oder Spiegel-online am 4.4.2018: »Insolvente Kette. Paracelsus-Kliniken locken hochkarätige Kaufinteressenten«, http://www.spiegel.de/*
14 *Siehe auch ARD: »Finanzinvestoren bei Rehakliniken«, plusminus-Beitrag vom 28.3.2018, www.daserste.de/*
15 *Zitiert von der Median-Internetseite: https://www.median-kliniken.de/de/unternehmen/zahlen-fakten/ (zuletzt abgerufen am 14.4.2018)*
16 *DIHK-Report Unternehmensnachfolge 2017, S. 4, und DIHK-Report Unternehmensnachfolge 2016, S. 3, als PDF verfügbar unter: https://www.dihk.de/themenfelder/gruendung-foerderung/unternehmensnachfolge/umfragen-und-prognosen/umfrage-unternehmensnachfolge*
17 *NDR: Pflegeheime als Spielball auf dem Finanzmarkt, Bericht vom 22. Februar 2018. https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Pflegeheime-als-Spielball-auf-dem-Finanzmarkt,alloheim112.html*

Hetzen & Jammern

Ein ak-Sonderheft über den diskursiven Sog nach rechts.

40 Seiten mit Beiträgen von Azaadeh Arzu, Jan Ole Arps, David Begrich, Sebastian Friedrich, Julia Fritzsche, Gerhard Hanloser, Imjeet Kaur, Helmut Kellershohn, Romin Khan, Eve Massacre, Georg Seeßlen u.a.

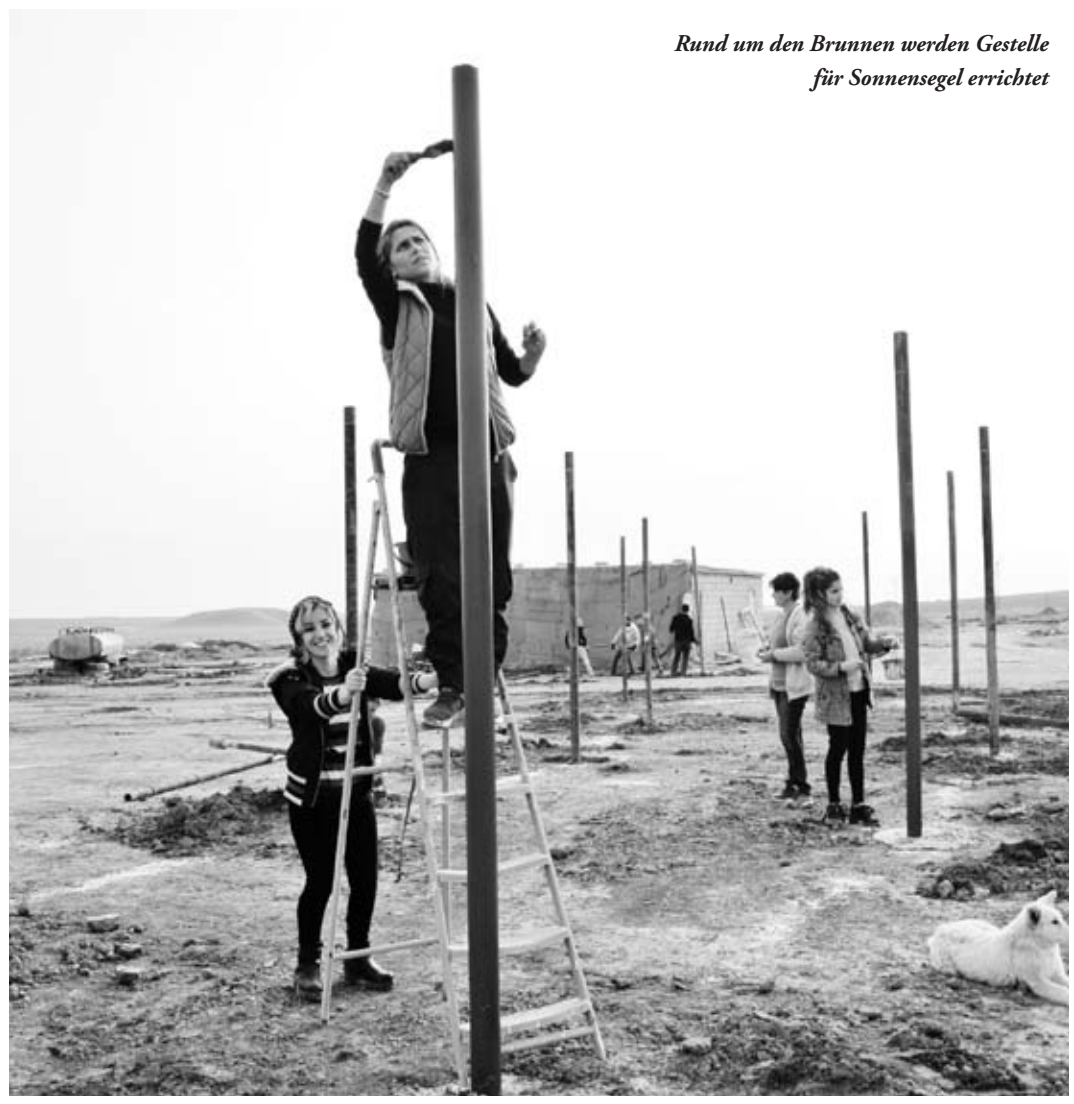
€ 3,80 (+ Porto). Buchläden und Wiederverkäufer_innen erhalten Rabatt.Bestellungen an vertrieb@akweb.de oder ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg

DIE WAFFE DER KRITIK BRAUCHT EIN MAGAZIN

MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR
1.000 ABOS JETZT!

Das Projekt *Melodie & Rhythmus* kann nur weitergeführt werden, wenn die Mittel dafür erwirtschaftet werden. Um das Magazin herstellen zu können, brauchen wir vor allem zusätzliche Abonnements. Wenn Sie *M&R* unterstützen möchten, bestellen Sie online das Perspektivabo. Die Abobestellung wird erst wirksam, wenn *M&R* wieder erscheint.

Jetzt das Perspektivabo bestellen:
melodieundrhythmus.com/perspektivabo



Rund um den Brunnen werden Gestelle für Sonnensegel errichtet

Fortsetzung von S. 7, »What's left...«

Kapp-Putsch und für sofortige Sozialisierung 1920. Die Kämpfe waren weit größer und erforderten zehn Mal so viel Opfer wie der sog. Spartakusaufstand 1919. Wir erinnern uns der Kämpfe nach 1945 bis zum Kampf um das Krupp-Stahlwerk Duisburg Rheinhausen, in dem das Ruhrgebiet zuletzt Stärke und Solidarität gezeigt hat, der Geschichte von Migration und gemeinsamen Kämpfen für Arbeit, ein besseres Leben und eine saubere Umwelt. Wir wollen die Ziele von Rätedemokratie und Sozialisierung auf ihre Aktualität hin befragen. Wir wollen einen Moment zurückblicken, um gemeinsam nach vorne gehen zu können. Und im Sinne der Marx`schen Philosophie der Praxis wollen wir auf Veranstaltungen und Foren diskutieren und gemeinsame praktische Schritte verabreden. Wir wollen über eine linke Vision für das Ruhrgebiet reden. Wir wollen die Kräfte der Bürgergesellschaft wecken. Dass es diese Kräfte gibt, hat u.a. die Abwahl des Duisburger Oberbürgermeisters Sauerland und die Ablehnung der Mega-Shopping-Mall DOC gezeigt – die Stadt gehört uns und nicht den Investoren. Wir wollen der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile und dem Abhängen ganzer Stadtteile entgegentreten und alle Nationen und Kulturen des Ruhrgebietes zu mehr gesellschaftlicher und politischer Teilhabe und gemeinsamem Handeln bewegen.

Eure Resonanz per Mail an die untenstehenden Kontakte entscheidet über Art und Umfang gemeinsamer Vorhaben, Veranstaltungen und Foren...

Mögliche Fragen:

- Wie wichtig ist uns das Ruhrgebiet als sozialer und gestaltender Raum?
- Wie kann es uns gelingen, die Traditionsbestände der Solidarität und der Integration, die ja besonders von den bei Kohle und Stahl Beschäftigten in der Region geprägt waren, in die Zukunft zu tragen? Bietet die Migrations- und Arbeitsgeschichte Anknüpfungspunkte, Menschen zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe zu bewegen, besonders Gruppen der türkischen Community?
- Wie können wir die zunehmende soziale Spaltung, das Abhängen ganzer Gruppen verhindern? Kann die Weiterentwicklung ehrenamtlicher Strukturen zu einem sozialen, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt den weiteren Verfall aufhalten oder sogar positiv wenden, evtl. schon durch die Bündelung vorhandener Förderungen?
- Das Modell des Kümmerers und Stellvertreters, der manches schon im Stadtrat regelt, hat ausgedient. Kaum einer kennt seinen direkt gewählten Stadtrat, alles ist in verkrusteten Parteistrukturen untergegangen, eine Kaste von professionellen Parteimanagern verliert den gemeinsamen Wortschatz mit denen »unterhalb der Mitte«. Mike Groschek, der neue LV-Vorsitzende der SPD ruft auf, in die »Stammkneipen zurückzukehren« – die Stammkneipen sind fast alle in den letzten Jahren gestorben. Haben die GenossInnen da etwas nicht mitbekommen? Wo also die Leute abholen? Bürger wollen beteiligt werden, anders kann der schleichende Niedergang demokratischer Beteiligung nicht aufgehalten werden.
- Wie kann dem Potential der Jugend in unseren Städten Raum gegeben werden?
- Wie kann es uns gelingen, Bildung und Kultur in den Mittelpunkt der Diskussion und Förderung zu stellen? Wie können wir Kulturförderung fruchtbar machen für eine Kultur der Breite und Inklusion/Vielfalt, auch und besonders an den Schulen und in den Vereinen? Welchen Beitrag können die Privilegierten und Genießer der »Hochkultur« zur Hebung des gesamten kulturellen Niveaus einer Stadt leisten?

Wie sehen die Mobilität, die Infrastruktur, die Energie, das Wohnen und die Stadtentwicklung der Zukunft aus? Welche Vorteile bietet dabei die Struktur des Ruhrgebietes? Welche Zukunft kann der Einzelhandel in den Innenstädten und Stadtteilen haben?

Wir glauben an unser Potential im Pott – Das WIR entscheidet.

Ansprechpartner: Theo Steegmann (t.steegmann@gmail.com)
und Hendrik Thome (trik2010@gmx.de)

Wasserprivatisierung adé?

Ralf Kliche* über das Verhältnis von Eigentum und Kapitallogik am Beispiel der Wasserversorgung in Griechenland

Nach den oft verheerenden Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums und sog. Public Private Partnerships können sich Beispiele für Re-Kommunalisierungen bzw. Rücküberführungen in staatliches Eigentum hoher Aufmerksamkeit sicher sein. Doch was bedeutet der Eigentumswechsel tatsächlich? Ist die Form des Eigentums entscheidend – und wenn ja, für was? Am Beispiel der Wasserprivatisierung in Griechenland, gegen die eine Petition »Wasser ist Menschenrecht – Stoppt die Wasserprivatisierung in Griechenland« initiiert worden war, zu der bis Dezember 2017 über 200.000 Unterschriften gesammelt und an den Bundestag übergeben wurden (s. Homepage der Griechenlandsolidarität: www.griechenlandsoli.com), geht Ralf Kliche der Frage nach, wie weit die Unterscheidung öffentliches vs. privates Eigentum noch trägt und ob kapitalistischen Regeln damit Grenzen gesetzt sind.

Die Zahl der Unterschriften zu der Kampagne gegen Wasserprivatisierung ist mittlerweile auf mehr als 212.500 angestiegen. In der griechischen Öffentlichkeit war unterdessen die Rede davon, dass Wasser wieder in Staatsbesitz überführt werden würde. Ein Erfolg unserer Petition? Weit gefehlt.

Ende Februar 2018 machte eine Meldung der griechischen Regierung über die »Rückführung der Wasserwerke von Athen und Thessaloniki in die öffentliche Hand« die Runde. Durch diese Meldung, die auch von zahlreichen Medien aufgegriffen wurde, konnte der Eindruck entstehen, dass die Privatisierung der Wasserversorgung in Griechenland gestoppt oder zumindest die Beendigung des Prozesses eingeleitet sei.

Inzwischen wurde durch genauere Berichte aus Medien und von Seiten der Beschäftigten der Wasserwerke deutlich, dass es so einfach nicht ist. Schon die Zusammenhänge zwischen den involvierten Unternehmen, Behörden und Aufsichtsgremien sind komplex und ihr Verständnis wird noch erschwert, wenn man sich nicht genau darüber Rechenschaft ablegt, was unter »Privatisierung« zu verstehen sei. Allein die Rechtsform einer Aktiengesellschaft, wo verschiedene Anteilseigner, öffentliche wie private, Eigentum am Unternehmen besitzen, macht deutlich, dass ein Unternehmen nicht entweder öffentlich oder privat sein muss. Darüber hinaus lässt sich die Frage nicht einfach durch den Verweis auf die Eigentümer der Aktienmehrheit beantworten. Selbst wenn eine Mehrheit sich etwa in öffentlicher Hand befindet, kann sich das Unternehmen den Gesetzen kapitalistischer Akkumulationslogik und Profitmaximierung unterwerfen; es muss sogar diesen Gesetzen bei Strafe des eigenen Untergangs folgen, wenn es auf die Rahmenbedingungen kapitalistischer Konkurrenz trifft – gut ersichtlich z.B. bei den Zwängen, denen öffentliche Krankenhäuser in Deutschland angesichts eines (teil-) privatisierten Gesundheitsmarktes gegenüber stehen.

Aber versuchen wir die Fäden der »Privatisierung der griechischen Wasserversorgung« etwas zu entwirren. Die Entwicklungen dürften aus den Solidaritäts-Aktionen gegen die Wasserprivatisierung hinlänglich bekannt sein: Die ursprünglich öffentlichen Wasserwerke von Athen und Thessaloniki sollten verkauft/privatisiert werden. Der Widerstand dagegen mündete in eine Volksabstimmung, in der sich 2014 in Thessaloniki 98 Prozent der Teilnehmer gegen eine Privatisierung aussprachen. Den vorläufigen Endpunkt setzte eine Entscheidung des obersten griechischen Verwaltungsgerichts, wonach eine Mehrheit der Unternehmen in öffentlicher Hand verbleiben müsse. Syriza erklärte, dieser Entscheidung folgen zu wollen.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Anteile an den Wasserwerken, die veräußert werden sollten, bereits an die »Treuhand« – die Privatisierungsagentur TAIPED / HRADF – übertragen worden. Diese Gesellschaft ist ein hundertprozentig staatliches Unternehmen, und ihre einzige Aufgabe ist der Verkauf von (Anteilen an) Unternehmen. Im Rahmen der Regelungen des dritten Memorandums 2015 wurde dann die Gründung eines sogenannten »Superfonds« in Absprache mit den Kreditgebern beschlossen. Er arbeitet seit September 2016. Dieser Fonds wurde TAIPED zur Seite gestellt, sein Ziel sollte sein, staatliche Betriebe zu sanieren – auch bzw. vorrangig durch ihre Privatisierung. Diese wurden deshalb (zu bestimmten Anteilen) in den Fonds eingebracht, ihre Privatisierung wurde teilweise vollzogen (wie bei den griechischen Eisenbahnen), teilweise sind die Prozesse noch nicht abgeschlossen (so bei der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft).

Seit seiner Gründung wird auch über die Beurteilung des Superfonds gestritten. Die griechische Regierung und Finanzminister Tsakalotos betonen, dass der Fonds dem Finanzministerium angliedert ist und nicht zwingend alle eingebrachten Unternehmen verkauft werden sollen, sie sehen ihn also als eine öffentliche Institution. Die Kritiker hingegen verweisen auf die Entstehung des Fonds durch den Druck der Troika und auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrates. Dort sitzen zwar drei Personen der griechischen Seite und nur zwei »Europäer«, aber alle fünf sind durch eine gemeinsame Absprache festgelegt worden, bei der die Kreditgeber das letzte Wort hatten. So war etwa ein Vertreter der griechischen Seite vorher beim IWF beschäftigt und arbeitete für das US-Außenministerium.

Die Wasserwerke hätten auch, so war es vom Parlament beschlossen worden, in den Superfonds übertragen werden sollen. Das hatte die Regierung aber bislang nicht getan und war insofern im Verzug.

Erst jetzt, im Zuge des Jahreswechsels wurde die Übertragung der Aktienanteile an den Superfonds vorgenommen: zum einen der Anteile des griechischen Staates, zum anderen der Anteile von TAIPED, die nicht in jedem Fall verkauft werden sollen. Die zu verkaufenden Anteile wurden bei TAIPED belassen. Damit liegen jetzt fünfzig Prozent bei dem Superfonds.

Die Organisation der Beschäftigten der Wasserwerke Athen veröffentlichte dazu die folgende Aufstellung über die Verschiebung der Aktienanteile:

	2017		2018
	Aktien	Anteile	Aktien
EYDAP	106.500.000	100.000 %	106.500.00
griech. Staatsbesitz	36,245,240	34,033 %	0
Superfonds	0	0 %	53.212.240
Sonstige Aktien	70.254.760	65,967 %	53.287.760
TAIPED	29.074.500	27,300 %	12.107.500
Jursistische Personen	34.307.213	32,213 %	34.307.213
Natürliche Personen	6.873.047	6,354 %	6.873.047

Genau diese Verschiebungen werden von der Regierung und Teilen der Medien als »Rückübertragung« des Wassers in die öffentliche Hand beschrieben, begründet allein mit der Anbindung des Superfonds an das Ministerium. Genauso ließe sich behaupten, dass die öffentliche Hand jetzt gar kein Eigentum an den Wasserwerken mehr besitzt, weil alle ihre Anteile an den Superfonds übergegangen sind.

Von Seite der Banken wird der Vorgang als durchaus problematisch angesehen. Sie befürchten, dass die Ziele der Profitmaximierung nicht erreicht werden können, wenn der Superfonds mit durch »Parteien-kontrollierten Verwaltungen« in den Unternehmen zusammenarbeiten muss, die nicht durch den Superfonds kontrolliert werden können. Mit anderen Worten: wenn neben der Akkumulationslogik des Kapitals auch soziale Aspekte für unternehmerisches Entscheiden und Handeln herangezogen werden. Der zitierte Text endet mit der Frage, was der Superfonds wohl unternehmen wird, wenn sich herausstellt, dass sich in den Wasserwerken keine »befriedigende Rentabilität« herstellen lässt.

Das kann durchaus eine Entscheidung für den Verkauf weiterer Anteile sein, unabhängig von der Frage, wie »sozial« die Wasserwerke mit ihren Kunden umgehen. Viele in Griechenland halten es derzeit – noch – für ausgeschlossen, dass es zu einem Abschalten von Wasseranschlüssen bei Zahlungsverzug kommt. Für ein Nachlassen der Solidarität mit den Gegnern der Wasserprivatisierung in Griechenland besteht jedenfalls kein Grund. Sie sind weiter auch auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen.

Diese Sichtweise vertritt auch Georgios Archontopoulos, der Präsident der Gewerkschaft der Wasserwerke von Thessaloniki in einer Stellungnahme vom 7. März 2018 auf der Internetseite der Organisation. Auch er sieht eine »öffentliche Kontrolle« des Superfonds aufgrund seiner Strukturen als nicht gegeben und erwartet zudem, dass durch die veränderte Eigentümerstruktur fünfzig Prozent der Unternehmensgewinne nicht mehr zurück in das Unternehmen, sondern in die Schuldentilgung des Landes fließen werden.

Auch er sieht die entscheidende Frage darin, ob und in wieweit in den Unternehmen das Prinzip der Profitmaximierung das der öffentlichen Daseinsvorsorge ersetzt, und nicht darin, wem wie viele Unternehmensanteile gehören – wenngleich beide nicht unabhängig voneinander sind. »Es ist leicht nachvollziehbar, dass die Unternehmen Gewinne machen müssen, damit auch der Superfonds Gewinne machen kann. So wird Wasser in eine Ware umgewandelt, in eine Quelle des Profits (…) Auch in der öffentlichen Preisgestaltung können die Kosten ggf. an die Nutzer weitergegeben werden, um die Rentabilität nicht zu beeinträchtigen. Die soziale Rolle der Wasserunternehmen droht so zu verschwinden. In den Wasserwerken wurde eine Logik des Profits durchgesetzt und diese Logik hat über die Jahre hinweg Wasser als öffentliches Gut immer weiter in den Hintergrund gedrängt. Im Vergleich zu 2001 (als die Wasserversorgung von Athen und Thessaloniki unter die Kontrolle von Aktiengesellschaften in öffentlichem Eigentum überführt wurde, Anm. RK) lässt sich erkennen, wie weit sich die Wasserunternehmen von den Bürgern entfernt haben.«

Der Text erschien zuerst am 9. März 2018 auf der Internetseite www.griechenlandsoli.com; dort sind auch Quellenangaben verlinkt.

Umkämpfte Räume

Mit Solidarity Cities für Bewegungsfreiheit und gleiche soziale Rechte für alle – Diskussions- und Strategievorschlag

Das vorliegende Positions- und Thesenpapier ist die erweiterte Fassung eines Textes, der im November 2017 zunächst für ein Treffen der »Plattform für einen Transnationalen Sozialen Streik« verfasst wurde. Mit Rückblick auf Erfahrungen der letzten Jahre nehmen die Autoren einige grundlegende Ausgangspunkte für die antirassistische Linke in den Blick, um anschließend strategische Fragen und zentrale Herausforderungen der kommenden sozialen Auseinandersetzungen zu umreißen. Zugespitzt: »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!«

Die Initiatoren, selbst aktiv in verschiedenen lokalen und transnationalen Netzwerken (»watch the med«, »Alarmphone«, »no borders« etc.) greifen dabei den in den USA in praktischer Opposition gegen Trumps repressive AusländerInnen- und Migrationspolitik entstandenen Ansatz der Sanctuary Cities (Kommunale Rechte und Infrastruktur für BürgerInnen mit und ohne Papiere) auf und stellen ihn als vielseitig anschlussfähiges Konzept zur Diskussion (u.a. im Rahmen der »Großen Koalition des Antirassismus« vom 10. bis 13. Mai in Göttingen). In der Hoffnung, dass sich daraus ein Manifest der derzeit auch in einigen europäischen Städten entstehenden »Solidarity City«-Initiativen entwickelt, laden sie ausdrücklich zur Ergänzung, Kommentierung und Weiterentwicklung ein. Im Folgenden Teil I.

I. Beyond 2015

Blicken wir zehn Jahre zurück, sehen wir in Europa eine schier unglaubliche Zunahme der Kämpfe für Freedom of Movement und Soziale Rechte. Das wird von den Jüngeren unter uns häufig unterschätzt. Der Sommer der Migrationen, mit dem Höhenpunkt des #marchofhope im September 2015, markiert einen historischen Durchbruch, der das EU-Grenzregime fundamental in Frage gestellt hat. Dabei war die Entschiedenheit der MigrantInnen der entscheidende Faktor. Aber auch die starke Unterstützung durch antirassistische Initiativen auf der Balkanroute und eine nie dagewesene »Willkommenskultur« in den Ankunftsländern hatten einen gewichtigen Anteil am Langen Sommer des Jahres 2015.

In den heutigen Zeiten der Rückschläge und Deportationen sowie der Aufrüstung und Externalisierung der Grenzen ist es wichtig, diesen epochalen Ausgangspunkt der gegenwärtigen Situation präsent zu halten. Wir erleben seit 2015 Veränderungen, von denen wir vor zehn Jahren nicht einmal träumen konnten:

1. Die große Migrationsbewegung von 2015 stand mit der Arabischen Revolution im Zusammenhang – und das nicht nur aufgrund von Krieg und Vertreibung, sondern viel mehr aufgrund der sich zuvor verdichtenden sozialen Aufbrüche und Strömungen, die in die Arabische Revolution mündeten. Auch in Afrika gibt es unzählige Momente des Aufbruchs. Trotz aller Widerstände und allen Elends transportieren die MigrantInnen aus Westasien und Afrika einen Anspruch auf Teilhabe und elementare soziale Rechte. Nach wie vor kommen die Boat People über die zentrale Mittelmeerroute, über die Ägäis und wieder zunehmend über die Straße von Gibraltar. Das »Tor nach Europa« wurde weit aufgestoßen. Diese »wirkliche soziale Bewegung« ist unser wichtigster Bezugspunkt. Wir versuchen, eine Perspektive zu finden, in der die sozialen Um- und Aufbrüche der Peripherie an zentraler Stelle stehen, auch in ihrer Präsenz und ihrem Widerhall in Europa.

2. Für uns ist es deshalb von großer Bedeutung, ob und wie der große soziale Aufbruch, der Anspruch auf Teilhabe am globalen Reichtum auch in seinen Rückbezügen auf die sozialen Zusammenhänge in den Herkunftsregionen von den MigrantInnen nach Europa transportiert werden – und wie sich die Entschiedenheit der MigrantInnen hier in Europa reproduzieren und verlängern kann, allem sozialtechnischen Management und allen Integrationsmanövern und den Deportationen zum Trotz. Der Stellenwert migrantischer Communities wird deshalb in diesem Papier einen breiten Raum einnehmen.

3. Als wir im Sommer 2015 in der Ägäis und dann auf der Balkanroute unterwegs waren, war es neben der Zahl der MigrantInnen vor allem die Zusammensetzung, die uns in einer nie zuvor erlebten Weise bewegt hat. Denn es waren unglaublich viele Frauen, mehr als in den Jahren zuvor, wir trafen auf Kinder, auf Schwangere – und auch auf Alte, auf Menschen, die im Rollstuhl saßen oder getragen wurden, auf Krebskranke im fortgeschrittenen Stadium ihrer Erkrankung. Es war kein Zufall, dass die Frauen und Kinder oftmals die Initiative ergriffen haben oder auch nach vorne geschickt wurden, denn das entsprach einer aus Syrien transportierten Erfahrung, dass die Hemmschwelle höher ist, Frauen und Kinder zu schlagen, sie mit Gasgranaten zu beschießen oder mit Gummigeschossen. Woher es kam, dass sich in 2015 relativ plötzlich die Zusammensetzung geändert hat, mag verschiedene Ursachen haben: mit Sicherheit war eine der Ursachen die Zuspitzung des Krieges in Syrien und zugleich die Zuspitzung im Irak. Ein wichtiger Faktor war sicher auch die extrem langsame und tendenziell immer schwieriger werdende Familienzusammenführung (was vor allem syrische Geflüchtete betraf). Zudem machten sich viele Familien (und das betraf nicht nur Syrer, sondern vielfach auch afghanische Familien) auf den Weg, die bereits lange Zeit im Exil gelebt hatten und nun eine Chance sahen, ihre immer schlechter werdenden Lebensbedingungen zu verändern. Das geschah vor allem, als sich abzeichnete, dass der Weg einfacher und schneller zu bewältigen sein würde.

4. Dreißig Jahre »Flüchtlingspolitik« und antirassistische Arbeit waren nicht vergeblich. In der »Willkommenskultur« kristallisieren sich auch die Früchte der vielfältigen und beständigen Kämpfe, die wir in den Kontexten von »kein mensch ist illegal« und »No Border« mit angezettelt haben. Wir sind zwar zu schwach, Konjunkturen zu erzeugen, aber unsere schwache Saat hat doch zu den großen Ereignissen der letzten Jahre beigetragen. Wenn wir in diesem Papier von »Politik« sprechen, meinen wir nicht Parteienpolitik, sondern ein Communalizing (Verallgemeinerung und kommunale Bezüge) des realen Bezugs auf MigrantInnen, ihre Ursprungsorte und auf die hiesige »Willkommenskultur«.

II. Roll Back und Repression

Die Situation in den letzten zwei Jahren ist durch Rückschläge auf allen Ebenen geprägt: Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts und Kürzungen im Sozialrecht, Erstarken rassistischer Diskurse und entsprechender Parteien, Stärkung des Grenzregimes und der Repression, Illegalisierung und Kriminalisierung der MigrantInnen, Externalisierung der Grenzen mit katastrophalen Auswirkungen in Nordafrika und der Sahelzone.

Teilen und Herrschen: Es wird eine Polarität zwischen »Deportability« und »Exploitability« konstruiert. Die Mehrheit der MigrantInnen wartet angespannt und vereinzelt auf die individuelle Entscheidung des Bundesamtes und der Gerichte. Sie wollen »Integration«, soweit diese soziale Rechte und überhaupt das Recht auf Rechte betrifft. Viele sind auch bereit, sich auf den billigen Segmenten des Arbeitsmarkts zu verkaufen, weil ihre Kinder es besser haben sollen. Indes werden zunehmend mehr Menschen überall in Europa in den informellen Arbeitsmarkt und in informelle, teure und schlechte Wohnverhältnisse gedrängt, wenn sie denn die Lager jemals verlassen können. Eine soziale Unterschichtung ist in den metropolitanen Gesellschaften voll im Gang.

Lohnbetrug trotz Generalunternehmerhaftung

Wenn Subunternehmer ihren Beschäftigten den Lohn nicht auszahlen, haften die Generalunternehmer – im Prinzip. KollegInnen der gewerkschaftlichen Beratungsstelle »Faire Mobilität« berichten über ein großes Bauunternehmen im Münchner Raum, das dieses Risiko immer wieder eingeht. Mit ›gutem‹ Grund – denn die Generalunternehmerhaftung – potentiell ein guter Ansatzpunkt gegen das Outsourcing von Verantwortung beim Outsourcing von Lohnkosten – hat enge Grenzen und schützt betrogene KollegInnen nur sehr begrenzt.

Es gibt auffällige Regelmäßigkeiten bei den Fällen, mit denen Nadia Kluge in den letzten Jahren zu tun hatte. Die Juristin arbeitet als Beraterin für Faire Mobilität in München und berät Arbeitnehmer aus osteuropäischen Ländern. Bosnische Bauarbeiter sind in der Baubranche besonders oft von Lohnbetrug betroffen. Sie werden meistens in ihrer Heimat angeworben und von Slowenien aus nach Deutschland entsandt. Hier arbeiten sie auf Baustellen großer Bauunternehmer – häufig gegen Ende der Beschäftigung ohne Lohn. Bei den slowenischen Subunternehmen, die ihnen die Löhne schuldig bleiben, handelt es sich oft um Briefkastenfirmen, die aus dem systematischen Lohnbetrug ein Geschäftsmodell entwickelt haben.

Gewinnerwartungen höher, als Haftungsgefahr

Das sollte sich auch bei denjenigen herumgesprochen haben, die als Generalunternehmen die Aufträge im Baugewerbe vergeben. Nicht zuletzt, weil sie befürchten müssen, zumindest einen Teil der ausstehenden Löhne zu übernehmen. Das ist über die Generalunternehmerhaftung geregelt, eine gesetzliche Regelung, die den Lohnbetrug bei der Vergabe von Unteraufträgen eindämmen soll. Manche Bauunternehmer schreckt diese Haftungsregelung jedoch nicht, sie arbeiten immer wieder mit unseriösen Subunternehmen zusammen. Die Gewinne, die durch die Zusammenarbeit mit günstigen Subunternehmen erwirtschaftet werden, sind ungleich höher als die Gefahr, in Haftung genommen zu werden. Doch sie haben ihre Rechnung ohne Nadia Kluge und ihre Kolleginnen und Kollegen von Faire Mobilität gemacht. Ihr Wissen um die Gesetze und um die Schlupflöcher im Arbeits- und Steuerrecht hilft den Bauarbeitern, ihren Lohnanspruch durchzusetzen.

Besonders mit einem großen bayerischen Bauunternehmen hatten Nadia Kluge und ihre Kolleginnen in den letzten Jahren oft zu tun. »Seit 2015 verhandeln wir jährlich mit der Unternehmensführung dieses Generalunternehmens«, erzählt die Beraterin. Damals, beim ersten Mal, bangten 22 Bauarbeiter um ihren Lohn. Der Generalunternehmer hatte einen slowenischen Subunternehmer mit Bauarbeiten beauftragt, der abgetaucht war und seine Arbeiter nicht bezahlt hatte. Die Bauarbeiter, die unter schlimmsten Bedingungen untergebracht waren, streikten, nachdem ihnen der Lohn der letzten Monate nicht bezahlt worden war, sie über keinerlei Geld mehr verfügten und kaum noch Lebensmittel

Die Antwort darf nicht eine Abwehrhaltung sein, sondern neue Antworten könnten aus gemeinsamen Kämpfen von unten her gefunden werden.

Insofern wäre es völlig verkürzt, sich ausschließlich auf den Widerstand gegen Neonazis und Rechtspopulisten zu fokussieren. Auch wenn dieser weiterhin notwendig ist. Wir brauchen positive Bestimmungen und Visionen, um die Menschen aus der »Willkommenskultur« abzuholen und um die MigrantInnen in ihrer beschissenen Lage zu ermutigen, sich in Communities selbst zu organisieren, ihre Rechte einzufordern und ihre GefährtInnen vor Deportationen zu schützen. Statt antifaschistischer Stereotype brauchen wir eine konkrete Analyse der sozialtechnischen Maßnahmen, mit denen die MigrantInnen in die Defensive gedrängt wurden:

- die Demütigungen schon auf der Route selbst und die extremen Ängste und Gefahren bei der Passage über das Mittelmeer,
- die erzwungene Vereinzelung bei der Unterbringung und die Unterbindung aller selbstorganisierten Modalitäten der Weiterreise und des Überlebens,
- die Behinderung des Familiennachzugs,
- die Rolle der »Asylrechtsreformen«,
- die latente Bedrohung mit Deportation und die Konstruktion der Polarität von Deportability und »Integration«,
- schlechte Arbeit, schlechte Wohnungen, schlechte Bildung, beschränkte Gesundheitsversorgung,
- die »Integration« selbst als fragwürdiges Leitziel und Anpassungszwang,
- die mediale Überblähung der »Silvesternacht« 2015 und die Inszenierung eines Sicherheitsdiskurses – und so vieles mehr.

All dies ist kein »Faschismus«. Vielmehr sehen wir einen Prozess, in dem sich das Nationale als »Regime« reorganisiert: Regime of Life, Regime of Mobility, Regime of Labor. Wir brauchen deshalb keinen neuerlichen Antifaschismus, sondern eine gute Analyse und andere, dagegen gerichtete Konzepte.

III. Umkämpfte Räume und linke Bewegung

Wir beziehen uns auf Alltagskämpfe und umkämpfte Räume, seit unseren Anfängen vor 30 Jahren und nach wie vor. Diese Räume reichen von Afghanistan und dem subsaharischen Afrika über Nordafrika und Westasien bis in die Innenstädte Europas. In Deutschland wurden Anfang 2017 mehr als 500.000 Abschiebungen projektiert, es blieb bei ‚lediglich« 25.000 Abschiebungen und doppelt so vielen »freiwilligen« Ausreisen.

Nur fünf Prozent der vorgesehenen Abschiebungen wurden durchgeführt – das spiegelt einen teils offenen, zumeist aber unterschwelligen und anhaltenden Widerstand. Noch immer kommen mehr als tausend Menschen pro Monat über die Balkanroute in Deutschland an. 2016 kamen mehr als 280.000 MigrantInnen bis nach Deutschland, 2017 noch einmal 189.000. Die Schließung der zentralen Mittelmeerroute durch den Kauf libyscher Milizen steht auf wackeligen Füßen. 120.000 Passagen über das zentrale Mittelmeer gab es 2017, dazu 30.000 Passagen über die Ägäis. Die Passagen über die Westmittelmeerroute nehmen wieder zu, wie an 17.000 Ankünften in Spanien deutlich wird. Es wäre fatal, jetzt in Resignation zu verfallen und diese anhaltende soziale Bewegung vorschnell für tot zu erklären.

Das Pendant zu dieser zunehmend unterschwelligen Immigration ist der anhaltende Widerstand gegen die Dublin-Abschiebungen.

Dass nur ein Bruchteil dieser Abschiebungen tatsächlich durchgeführt wird, hat seinen Grund in einer undurchdringlichen, widerständigen Gemengelage: MigrantInnen sind außer Haus, bis die Fristen verstrichen sind, Kirchengemeinden bieten Asyl, AnwältInnen und Refugee Law Clinics verstehen sich auf rechtliche Widersprüche, Gerichte urteilen wider jede Erwartung, Ämter sind überlastet, die PolizeibeamtInnen sehen sich durch Menschenmengen in der Ausübung ihres Auftrags behindert… Auch dem Widerstand gegen die Einrichtung zentraler Abschiebeknäste kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu.

Viele Linke aller Couleur taten sich schwer, auf die große Migrationsbewegung von 2015 und ihre Folgen positiv zu reagieren. Zum einen fehlte häufig eine Einschätzung ihres Stellenwertes und eine wirkliche Anerkennung ihrer Autonomie, um sich nachhaltig auf die Migrationskämpfe und ihre Unterstützung einzulassen.

Große Teile der radikaleren Linken stecken in kurzfristiger Kampagnenpolitik fest und schaffen es nicht, dem oftmals formulierten Anspruch nach »sozialer Verankerung« auch entsprechende Taten folgen und Strukturen wachsen zu lassen, die über ihre Szene hinausgehen. Zum zweiten stand die Linke der »Willkommenskultur« mindestens misstrauisch gegenüber. Zwar gab es gute Gründe, den Hype im Jahr 2015 zu hinterfragen, doch statt kritisch-solidarischer Interaktion wird die Abgrenzung zum bürgerlichen Spektrum zu sehr in den Vordergrund gestellt. In beide Richtungen bleibt der überwiegende Teil der radikalen Linken einer Identitätspolitik verhaftet, die viel zu sehr um »eigene Organisierung« kreist, statt sich in die Auseinandersetzungen in den Terrains des Sozialen zu begeben.

Bei anderen Teilen der Linken steht ein Begriff von »Arbeiterklasse« im Hintergrund, der sich von seinen metropolitanen oder gar nationalen Bezügen nicht lösen kann. Dass diese ArbeiterInnen-Klasse schon seit 50 Jahren multinational zusammengesetzt ist und dass es MigrantInnen waren, die in den wichtigsten Kämpfen in der ersten Reihe standen, scheint manchmal schon vergessen. Von einem Proletariat des Südens zu reden verfehlt indes die konstitutiven Momente sozialer Bewegungen. Mit dem Rüstzeug einer »Klassenanalyse« ist dem globalen Kapitalverhältnis nicht mehr beizukommen. Die digitale Formierung der metropolitanen Subjekte, die Smart Cities, die neuen Regimes über Leben, Mobilität und Arbeit (Hardt/Negri 2000) und die Zerstörung der Überlebensressourcen der Unterschichten des Südens durch Hunger- und Klimakrisen, chronifizierte Kriege, Landgrabbing und extraktive Ökonomie anderseits erfordern andere Antworten.

Statt hier anzusetzen wird häufig ein kurzsichtiger Antifaschismus zum Ausweg erkoren. Man redet sich in Aporien und beklagt das Erstarken des Rechtsextremismus und der Repression. All dies sind zwar Begleitumstände eines Krisenangriffs, die das Terrain des Sozialen mitbestimmen. Aber gemeinsam mit möglichst großen Teilen der Linken müssten wir versuchen, den positiven Gehalt linker Strömungen – ihre emanzipatorischen Inhalte, die Bezüge zum Egalitarismus und zur Inklusion, die Referenz auf ein »Unten« und die Proklamation sozialer Rechte – aufzunehmen und auf die aktuell wirklichen sozialen Bewegungen und die »Willkommenskultur« zu beziehen. Vielleicht wäre das der Beginn einer «Neuen Sozialen Bewegung« (Schiffauer/Eilert/Rudloff 2017), die sich auf Soziale Rechte für alle bezieht? In den Metropolen ist Radikalität nur noch in Bezug auf soziale Rechte aller Menschen und auf ihre sozialen Bewegungen (wozu die Migration gehört) überhaupt denkbar. Können wir den Bezug auf metropolitane »Klassen« oder identitäre Selbstbezüge zu einem wirklichen Bezug auf Menschen, Familien, soziale Bewegungen transformieren oder begnügen wir uns vorläufig mit einem radikalen Humanismus? Und können wir schon allein dessen Impulse wirklich aufnehmen und umsetzen? Wo liegen und worin bestehen die Auswege, die »Escape Routes« (Papadopoulos/Stephenson/Tsianos 2008) und was heißt »Living in the Cracks of Capitalism« (Holloway 2010) hier in der Metropole? Und welche anderen Konzepte gibt es, die wir in diesem Zusammenhang diskutieren sollten?

IV. Neue Migrationsbewegungen in Europa

Das Dublin-System hat eine Vielzahl sekundärer Migrationsprozesse und sekundärer sozialer Degradierungen ausgelöst, die sich mit »Dublin IV« weiter verstärken könnten. Calais und Ventimiglia sind die Orte, die uns als erstes einfallen. Aber das ist nur die Spitze des Eisberges tausendfacher Migration. Dazu gehören ebenso Personen, die sich ihrer Abschiebung entzogen haben, Personen, die auf eigene Faust versuchen, ihre Familie oder eine Community zu finden, Familien, die nach der Dublin-Abschiebung im Erstaufnahmeland keine Unterkunft finden, zunehmend mehr Menschen aus Drittstaaten, die bereits einen Aufenthaltstitel haben, aber dennoch aus Arbeitsmarkt und Sozialsystem ausgeschlossen sind. Diese Schicht der Refugees in Limbo überschneidet sich mit den MigrantInnen aus Südosteuropa, die in prekären Umständen hausen oder in prekären Arbeitsverhältnissen ihr Leben fristen, und mit MigrantInnen aus Osteuropa, die der Kälte in den Parks von Berlin trotzen.

Es wäre wichtig, diese »diffuse Migration« der Post-Schengen-Phase nach 2015 nach dem Prinzip einer No-Border-Recherche zu untersuchen und zugleich die Artikulationen unterschiedlicher Gruppen der MigrantInnen aufzunehmen. All diese Menschen transportieren unterschiedliche Erfahrungen, Erwartungen,

Fortsetzung auf Seite 12 oben

---

kaufen konnten. Erst mithilfe von Faire Mobilität und unter dem Druck der Öffentlichkeit zahlte der Generalunternehmer einen Teil der ausstehenden Löhne.

Subunternehmer bekannt für Scheinentsendungen

Nach Angaben des slowenischen Gewerkschaftsdachverbands ZSSS, mit dem Faire Mobilität im Rahmen des EU-Projekts »Fair Posting« eng zusammenarbeitet, ist dieser Subunternehmer kein Unbekannter. Er soll schon zuvor Scheinentsendungen durchgeführt und die Beschäftigten dabei betrogen haben. Slowenien scheint sich zu einer Drehscheibe für fragwürdige Entsendungen nach Deutschland entwickelt zu haben. In dem vergleichsweise kleinen Land sollen rund 3.000 Firmen angemeldet sein, die regelmäßig nach Deutschland entsenden. Bei vielen handelt es sich, nach Angaben der ZSSS, um Briefkastenfirmen. Das dürfte nicht nur der slowenischen Gewerkschaft bekannt sein. »Bei genauerem Hinsehen«, so Kluge, »hätte das bayerische Generalunternehmen schon früher feststellen können, dass hier etwas schief läuft«.

Nach Abschluss der Verhandlungen im ersten Fall 2015 versprach das Generalunternehmen, seine Vergaberichtlinien zu überprüfen. Als sich einige Monate später jedoch erneut eine Gruppe bosnischer Bauarbeiter an Faire Mobilität wandte, deren Arbeitgeber für dasselbe Generalunternehmen tätig war, wurde deutlich, dass keine Änderung der Vergaberichtlinien erfolgt war. Es war lediglich ein deutsches Subunternehmen zwischen das Generalunternehmen und das aus dem Ausland entsendende Unternehmen geschaltet worden – möglicherweise in der Hoffnung, die Haftungsregelung so umgehen zu können. Doch das bayerische Generalunternehmen war schlecht beraten.

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes haften die Auftraggeber von Subunternehmerketten, egal wie viele Firmen aneinandergereiht sind. Und sie haften nicht nur für die Nettobeträge des (höheren; Anm. d. Red.) Branchenmindestlohnes, sondern auch für die Nettobeträge des gesetzlichen Mindestlohnes. Das bedeutet konkret, dass selbst wenn die Frist zur Durchsetzung des Branchenmindestlohnes verstrichen ist – was in der Praxis aufgrund der relativ kurzen Ausschlussfristen häufig der Fall ist – die betroffenen Arbeitnehmer immer noch den Nettobetrag des gesetzlichen Mindestlohnes einklagen können. Und nicht nur den. Auch die sozialversicherungsrechtlichen Zahlungspflichten des Subunternehmers, also die Beiträge zur Kranken-, Pflege-, und Rentenversicherung, die Beiträge in die Urlaubskassen über die Sozialkasse des Baugewerbes und die Einkommensteuer können auf den Generalunternehmer übergehen, wenn er sich nicht vorsorglich eine sogenannte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkassen für das beteiligte Subunternehmen besorgt hat. Auch in dem zweiten Fall einer größeren Gruppe entsandter bosnischer Bauarbeiter, die im Frühjahr 2016 über mehrere Monate nicht bezahlt worden waren, konnte das bayerische Bauunternehmen auf dieser Grundlage zur Kasse gebeten werden.

Erneut Hilferuf aus Bayern

Auch im Jahr 2017 erreichte Faire Mobilität in München erneut ein Hilferuf bosnischer Bauarbeiter, die um ihren Lohn geprellt worden waren. Erneut war dasselbe Generalunternehmen der Auftraggeber. Nadia Kluge verhandelte wieder mit den beteiligten Unternehmen – dieses Mal jedoch erfolglos. Die vom Generalunternehmen angebotenen 1.000 Euro pro Arbeiter, deren Forderungen bei bis zu 2.600 Euro lagen, waren bei Weitem zu wenig. Die Bauarbeiter lehnten das Vergleichsangebot ab und reichten Klage beim Arbeitsgericht ein. Die Geschäftsführer des Subunternehmens waren alte Bekannte. Sie hatten lediglich die Geschäftsmodalitäten verändert und

Fortsetzung auf Seite 12 unten

Fortsetzung von S. 11, oben, »Umkämpfte...«

Mentalitäten; sie sind nicht »smart« im Sinne von optimiert für die Selbstverwertung, sondern eigensinnig und widerständig. Sie erfinden ihre »mobile commons« (Trimikliniotis/Parsanoglou/Tsianos 2015) und einen eigenen Gebrauch der digitalen Vernetzung. Aus ihren Erfahrungen, vermischt mit aktualisierten Traditionen, können Dimensionen des Widerstands werden; der Bezug zu ihrer »moral economy«, aber auch zu Familie und Zusammenhalt wird uns in unbekannte Dimensionen führen.

Bei alledem werden wir es mit durchaus unterschiedlichen Prägungen und Horizonten zu tun haben. Aus der Arabischen Revolution kommt die Forderung nach einem Leben in Würde und nach Perspektiven für die Kinder, aus Afrika der Versuch, in neuen Diaspora-Communities am globalen Reichtum irgendwie teilzuhaben. Vielleicht ist die Suche nach einer Zukunft bei den MigrantInnen aus dem Maghreb stärker durch »nicht-kollektive Akteure« geprägt und die MigrantInnen vom Balkan und aus Osteuropa fühlen sich von einem Lebensstil ausgeschlossen, den sie eigentlich längst für »normal« halten. Aus all diesen unterschiedlichen Erfahrungen und Aspirationen entsteht in den Städten ein neuer kulturellerer und mentaler Mix, in dem sich neue Impulse, Konflikte und Lebensformen ausbilden. Es ist an uns, für diese neuen Dimensionen der sozialen Konfliktualität offen zu sein – und dabei nicht nur uns selbst zu öffnen, sondern auch die Orte und Möglichkeiten, in denen wir uns eingerichtet haben. In den metropolitanen Zwischenschichten – zu denen die meisten von uns gehören – wäre vielleicht ein Radikaler Humanismus, der sich mit kommunitären Konzepten verknüpft, die am leichtesten kommunizierbare Projektion. Das muss unserer Meinung nach auch die wirklich grundlegende Idee von Solidarity Cities sein.

V. Neue Zusammensetzung

Noch immer (Januar 2018) kommen in der Ägäis Boote an, in denen mehrheitlich Kinder sitzen. Mit dem »Alarm Phone« haben wir in den vergangenen Monaten wenige Fälle in der Ägäis erlebt, in denen keine Kinder mit an Bord waren. Es gab keinen einzigen Fall in den vergangenen Monaten, bei dem es nur Männer waren, was vor 2015 sehr häufig der Fall war. Noch im November 2017 (also schon nach der vergleichsweise weniger riskanten Phase der Überfahrt im September/Oktober) kamen auf der Insel Lesbos 38 Prozent Männer, 22 Prozent Frauen und 40 Prozent (!) Kinder an. Eine Zusammensetzung, die seit 2015 leicht variiert, aber in der Tendenz so Bestand hat.

Diese Änderung in der Zusammensetzung ist vor allem ein Phänomen auf den Ägäis-Routen, doch wir erleben ähnliche Tendenzen, wenn auch quantitativ weniger stark ausgeprägt, im zentralen und westlichen Mittelmeer. Seit 2015 gelangen auch hier merklich mehr Frauen und Kinder über das Meer nach Europa. Dies können wir zum einen bei den Kontakten mit dem Alarm Phone an den Außengrenzen beobachten, aber auch in der lokalen Beratung hier in Deutschland. Hier hatten wir in 2017 so viele Frauen (v.a. aus Ostafrika) im Beratungscafé wie nie zuvor. Die Mehrzahl von ihnen hatte die zentrale Mittelmeerroute passiert – die meisten 2016 und 2017. Viele waren aber auch in den Jahren zuvor über das Mittelmeer gereist und in Deutschland erst gelandet nach gescheiterten Versuchen, in anderen europäischen Ländern Fuß zu fassen. Sie alle haben Gewalt erschreckenden Ausmaßes erlebt, und viele sind losgegangen, obwohl sie wussten, wie gefährlich es werden würde. Frauen haben davon berichtet, dass ihnen andere Frauen vor der Reise geraten haben, sich eine Spirale einsetzen zu lassen, um Schwangerschaften aus Vergewaltigungen zu verhindern. Denn die Vergewaltigungen selbst seien unvermeidlich. Die zentrale Mittelmeerroute ist vermutlich diejenige mit dem höchsten Blutzoll der Frauen. Und doch sind sie angekommen. Selbst bei den tunesischen Harraga waren im Herbst 2017 zum ersten Mal auch junge Frauen und Familien mit auf den Booten.

40 Prozent der Menschen, die 2017 in Deutschland Antrag auf Asyl gestellt haben, sind Frauen und Mädchen. Ihr Anteil ist gegenüber 2016 um 5 Prozent angestiegen. 45 Prozent – also fast die Hälfte! – der Geflüchteten sind minderjährig. Was bedeuten diese Zahlen, was bedeuten die Stärke und Erfahrungen dieser Frauen und der hohe Anteil junger MigrantInnen für die städtischen Subkulturen und für die Selbstorganisation in Communities? Und wie wird sich diese neue Situation in den Konzepten und Visionen für eine Solidarity City widerspiegeln?

Hagen Kopp, Eberhard Jungfer

Teil II folgt in der nächsten Ausgabe.

Anmerkungen, Kommentare, Information & Kontakt: info@solidarity-city.eu
Veranstaltungstermine: Große Koalition des Antirassismus, 10.-13. Mai 2018
Antirassistische Parade in Hamburg: 29. September, http://www.welcome-united.org

Der letzte Bundist

Von Ofer Aderet*

Der Tod von Yitzhak Luden, dem letzten israelischen Aktivisten des »Bunds« (Allgemeiner Jiddischer Arbeiterbund), bedeutet auch das Ende der jüdisch-sozialistischen Arbeiterbewegung. Diese Bewegung hatte ihren Höhepunkt in Polen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erreicht, doch es gelang ihr nicht, eine wirkliche Alternative zur zionistischen Bewegung zu bieten.

In den letzten Jahren starben die noch verbliebenen Mitglieder der israelischen Sektion des Bunds, der alten jüdisch-sozialistischen Arbeiterbewegung, einer nach dem anderen. Yitzhak Luden, der im November 2017 im Alter von 95 Jahren aus dem Leben schied, war der letzte Aktivist der kleinen israelischen Sektion, die sich im Bejt Brit HaAvoda (Haus des Arbeiterpakts) in Tel Aviv zu treffen pflegte. Der Ort wurde in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Tempel zur Wahrung einer sozialistisch-linken Kultur, die in dem kapitalistischen Land unter einer rechten Regierung und einem Besatzungsregime im Aussterben begriffen und in Vergessenheit geraten war.

Wenn er gefragt wurde, was der Unterschied zwischen der zionistischen Bewegung und dem Bund sei, pflegte Luden mit einem Lächeln zu antworten, dass beide Bewegungen im selben Jahr, 1897, gegründet wurden – die zionistische Bewegung jedoch in einem prachtvollen Saal eines Basler Casinos (wo der erste zionistische Kongress stattfand), während der Bund bei einem illegalen Treffen auf einem Dachboden in einem Armenviertel von Wilna (Vilnius) ins Leben gerufen wurde.

»Bund« ist die Kurzbezeichnung des Allgemeinen Jiddischen Arbeiterbunds in Russland, Litauen und Polen. Dieser hatte sich explizit zum Ziel gesetzt, eine »vereinigte jüdische Arbeitergewerkschaft [zu schaffen], die das jüdische Proletariat in seinen Kampf um wirtschaftliche, staatsbürgerliche und politische Befreiung leitet und unterrichtet«. Die vier Prinzipien, die sich der Bund auf seine Fahne schrieb, waren Sozialismus, Säkularismus, Jiddisch und »Dojkejt« (das Hiersein), wie es in dem Slogan: »Da, wo wir leben, da ist unser (Vater-)Land« zum Ausdruck kommt.

Im Zentrum der Zukunftsvision des Bunds steht die Vorstellung, dass es keinen Widerspruch zwischen dem nationalen Aspekt auf der einen Seite und dem sozialistischen auf der anderen gibt. In der Vision des Bunds herrscht in der Familie der Völker Gleichheit zwischen diesen Völkern. Diese Vision war damit verbunden, ein konstitutives jüdisches Prinzip aufzugeben, das lautet: »Du hast uns aus allen Völkern auserwählt«. Als streng säkulare Organisation verzichtete der Bund auch auf das Heilige Land und die heilige Sprache (Hebräisch) und entschied sich dafür, Jiddisch zu sprechen.

In einem 1977 veröffentlichten Artikel schrieb Luden, dass der Bund zu jener Zeit, als die zionistische Bewegung sich bemühte, Juden und Jüdinnen zur Emigration zu bewegen und eine nationale Heimstätte in Palästina zu gründen, eine Alternative aufzeigte, die in der jüdischen kulturellen Autonomie in Osteuropa bestand. Er erklärt, dass der Zionismus »die Losung des Auszugs aus Europa, der Auflösung des Diasporalebens und der Sammlung des jüdischen Volks im Land seiner Vorväter« anbot, während der Bund verstand, dass »das Schicksal des jüdischen Arbeiters an dem aller Arbeiter in dem Land, in dem er lebt, hängt«. Deshalb, so schrieb er, »müssen die Juden überall dort, wo Juden leben, für gleiche Rechte und für ihre nationalen Rechte kämpfen« (wobei der Bund die jüdischen ArbeiterInnen als eine der ›Nationen‹ in den zu schaffenden Republiken begriff, Anm. d. Ü.)

Nach der bolschewistischen Revolution vor

Fortsetzung S. 11 u.,»Lohnbetrug...«

den Firmensitz ihres Unternehmens nach Deutschland verlagert. Kurze Zeit später meldete das Subunternehmen Insolvenz an. Wenn sich im Rahmen des Verfahrens herausstellt, dass die Beschäftigten das Recht auf Insolvenzgeld haben, so bietet das für den Generalunternehmer ein weiteres Schlupfloch, so Nadia Kluge. (Siehe Interview im Kasten).

Der Generalunternehmer, der mit einer überschaubaren Anzahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Mitarbeiter Millionenumsätze erwirtschaftet, bestreitet in dem konkreten Fall zudem, dass die Bauarbeiter überhaupt auf seiner Baustelle gearbeitet hätten, obwohl ihm im Rahmen der stattgefundenen Gespräche von einem Anwalt des Subunternehmens eine Liste der Mitarbeiter und der von ihnen geleisteten Stunden vorgelegt wurde. Zudem erklärte der Anwalt, dass die Firma die Löhne nicht bezahlt habe, dies aber sofort tun werde, wenn die Firma vom Generalunternehmen ausbezahlt würde. Dies lehnte das Generalunternehmen mit Verweis auf eine vertragliche Vereinbarung ab, dass keine Ansprüche mehr bestünden.

Der Ausgang des arbeitsgerichtlichen Verfahrens ist noch offen. Sofern kein Anspruch auf Insolvenzgeld besteht und die Bauarbeiter ihren Anspruch glaubhaft machen können, ist zu erwarten, dass das Generalunternehmen zumindest wieder den Nettobranchenlohn bezahlen muss.

Nadia Kluges beharrliche Arbeit und ihr detektivischer Spürsinn machen Hoffnung, dass die betroffenen Bauarbeiter auch dieses Mal ihr Geld bekommen und der Bauunternehmer in Zukunft mit vertrauenswürdigen Subunternehmern zusammenarbeitet, anstatt immer wieder nach neuen Wegen zu suchen, die Generalunternehmerhaftung zu umgehen.

Fragen an Nadia Kluge (Faire Mobilität/München)

Frau Kluge, wer bezahlt im Rahmen eines Insolvenzverfahrens nicht bezahlte Löhne?

In aller Regel können Beschäftigte eines insolventen Unternehmens bei der Agentur für Arbeit Insolvenzgeld beantragen. Nach der Prüfung der Unterlagen würde die Agentur die Nettolöhne für bis zu drei Monate vor dem Insolvenzereignis an die Beschäftigten ausbezahlen.

Und die Arbeitsagentur holt sich das Geld dann zurück?

Ja, die Arbeitsagentur wird dann versuchen, das Geld aus der Insolvenzmasse zurückzubekommen. Sie übernimmt – wenn man so will – das Risiko für die Beschäftigten, leer auszugehen oder nur mit einem Bruchteil der Löhne abgefunden zu werden.

Angenommen der Betrieb, der Pleite gegangen ist, ist eines von mehreren Subunternehmen. Kann die Agentur sich das Geld dann vom Generalunternehmen zurückholen?

Nein, nach der geltenden Rechtsprechung ist das nicht möglich. Die Agentur kann nur an den Subunternehmer herantreten. Es ist daher für ein Generalunternehmen von Vorteil, wenn ein Subunternehmen, das seine Beschäftigten nicht bezahlt, Insolvenz anmeldet. Damit verringert sich für das Generalunternehmen die Wahrscheinlichkeit, für die Lohnausfälle aufkommen zu müssen, beträchtlich. Allerdings ist es andersherum möglich, dass die Beschäftigten Insolvenzgeld bei der Agentur für Arbeit beantragen und ihren Anspruch an das Generalunternehmen abtreten. Dann kann das Generalunternehmen die Beschäftigten ausbezahlen und sich das Geld von der Agentur für Arbeit zurückholen.

Aber warum hat dies der Gesetzgeber so geregelt?

Ich vermute mal, dass der Gesetzgeber da geschlafen hat.

genau einhundert Jahren wurde der Bund in der Sowjetunion verboten, weil seine Vorstellungen von Nationalismus nicht den Werten der Revolution entsprachen. Danach wurde er in Polen sehr aktiv. Unter anderem organisierte er die jüdischen Gewerkschaften, kämpfte für Arbeiterrechte und förderte Klassen- und Allgemeinbildung unter ArbeiterInnen.

Der Bund bemühte sich hauptsächlich um die Jugend, die Generation der Zukunft. Dazu gehörten Menschen wie Yitzhak Luden, der 1922 in Warschau geboren wurde und als Jugendlicher dem Bund beitrat. Später lernte er an einer Schule der vom Bund gegründeten Zischo (zentrale jiddische Schul-Organisation). Dort erhielten die SchülerInnen eine jüdisch-säkulare, sozialistische Bildung auf Jiddisch, die als »Antithese zur jüdisch-religiösen Bildungstradition« konzipiert war. In jenen Jahren engagierte sich der Bund auch im Kampf gegen Antisemitismus in Polen und organisierte eine »Selbstverteidigung«.

Aufgrund dieser Aktivitäten gelang es dem Bund, zur führenden Stimme der Jüdinnen und Juden in Polen zwischen den beiden Weltkriegen zu werden. So stimmten bei den Stadtratswahlen von 1938 beispielsweise 40 Prozent der jüdischen Bevölkerung in den großen Städten für den Bund. »Die Juden merkten, dass jemand für sie kämpft. Sie fanden beim Bund ein offenes Ohr, und sie hatten mit ihm eine gemeinsame Sprache«, sagte Luden. Wiktor Alter, ein führender Bundist der Zwischenkriegszeit, besuchte 1924 Palästina. Nach seiner Rückkehr nach Polen veröffentlichte er einen Bericht mit dem Titel »Die Wahrheit über Palästina«, in dem er den Plan der zionistischen Bewegung, einen jüdischen Staat in Palästina zu errichten, ablehnte. Alter war verwundert über das zionistische Verlangen, die Bevölkerungsmehrheit zu erringen und über die AraberInnen zur herrschen, die damals in Palästina unter britischer Mandatsherrschaft noch die Mehrheit stellten. Gleichzeitig argumentierte er, dass in dem armen Land die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht gegeben seien. Zudem kritisierte er die Tatsache, dass sich der jüdische Jischuw in Palästina vom Jiddischen abwendet.

All diese Debatten waren jedoch *ad acta* gelegt, als ab September 1939, mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, sowohl die Nazis als auch die Sowjets den Bund verfolgten. Wiktor Alter und Henryk Ehrlich, die führenden Persönlichkeiten der Organisation, waren in die Sowjetunion geflüchtet und wurden dort eingekerkert und ermordet. In Polen verbliebene leitende Mitglieder des Bunds beteiligten sich an der Organisierung einiger Revolten (wie zum Beispiel Marek Edelman im Warschauer Ghetto), doch die meisten AnhängerInnen des Bunds wurden im Holocaust ermordet.

Luden war einer der Überlebenden. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs flüchtete er nach Osten, in die Sowjetunion, und zog als Flüchtling umher. Nach dem Krieg kehrte er nach Polen zurück, wo er herausfand, dass von seiner Familie nur er und sein Bruder überlebt hatten. Er versuchte, dort sein Leben wieder aufzubauen.

Doch nach dem Krieg war klar, dass der Bund verloren und der Zionismus sich durchgesetzt hatte. Im kommunistischen Nachkriegs-Polen wurde der Bund verboten. Im Jahr 1948 wurde der Staat Israel gegründet. Auch unter den wenigen Überlebenden des Bunds gab es Menschen wie Luden, die der Ansicht waren, dass »Israel ein positives Element ist, als Zufluchtsort für Juden«, wie er sagte.

Luden wanderte 1948 nach Israel aus. Drei Jahre später, 1951, schloss er sich der israelischen Sektion des Bunds an, die im selben Jahr gegründet worden war. Zu den Aktivitäten der Sektion gehörten unter anderen ein Verein zur gegenseitigen Hilfe, eine Monatsschrift mit dem Titel *Lebnsfragn*, eine Bibliothek für jiddische Literatur, ein Chor und eine Theatergruppe. Anfangs versuchte die israelische Sektion des Bunds auch die Bildungstätigkeiten fortzusetzen, indem sie Sommerlager für Kinder und sogar eine jiddisch-sprachige Schule organisierte.

Einige der Ideen, die die Bundmitglieder unter anderem in der Zeitschrift *Lebnsfragn* zum Ausdruck brachten, sind noch heute aktuell. So schrieben sie zum Beispiel schon in den 1950er Jahren, dass es keinen Frieden ohne eine Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge geben könne, die im Krieg von 1948, nach der israelischen Unabhängigkeitserklärung, aus Palästina vertrieben worden waren und flüchteten, »und wer kann wie wir, Juden, die Tragödie dieses Problems nachempfinden«.

Im Jahr 1967, nach dem Sechs-Tage-Krieg, in dem Israel die Westbank, den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, Ost-Jerusalem und die Golanhöhen eroberte, stand in der Monatsschrift des Bunds: »Der Besitz von Territorien löst keine Probleme. Wir werden keinen Frieden mit den arabischen Staaten erlangen, und wir werden nicht in Ruhe neben den arabischen Staaten leben können. Wir werden ein Staat von Besatzern sein, und auf jeden Fall werden wir auch kein demokratischer Staat mehr sein.«

Doch faktisch wurde die israelische Sektion des Bunds zu einem für Außenstehende »geschlossenen Club«, der in der Vergangenheit lebte. Er versuchte mit aller Kraft, sich an eine süße Nostalgie zu klammern, die für das Hier und Jetzt jedoch nicht unbedingt relevant war. Der Versuch, sich mit einer eigenen Liste an den Knesset-Wahlen 1957 zu beteiligen, scheiterte. Im zionistischen Israel wurden die Mitglieder des Bunds als »Fremdkörper«, AntizionistInnen, VerräterInnen, »Israel-Hasser«, und FeindInnen gesehen.

Trotz ihrer Marginalisierung beharrten Yitzhak Luden und seine GenossInnen in der israelischen Sektion des Bunds, die immer kleiner wurde, darauf, auch am Anfang des 21. Jahrhunderts an den Prinzipien und Werten des Bunds festzuhalten. Luden arbeitete in verschiedenen Medien als Journalist, wo er weiterhin die Werte des Bunds predigte. Seine Karriere erreichte 1971 ihren Höhepunkt, als er zum Chefredakteur von *Lebnsfragn* ernannt wurde. Er war 43 Jahre lang ihr Redakteur, bis die Zeitschrift 2014 eingestellt wurde. *Lebnsfragn* war am Ende die letzte noch verbliebene Zeitschrift in Israel, die auf Jiddisch veröffentlicht wurde.

Die sozialistisch, humanistisch und demokratisch gesinnten Artikel der Zeitschrift beschäftigten sich auch mit gegenwärtigen Problemen. Sie kritisierten bis zuletzt die israelische Besatzung und die Operationen der israelischen Armee im Gazastreifen und im Libanon. »Er sprach über ein Judentum, das für sich keine Privilegien verlangt, sondern sich integrieren will und gleiche Rechte bewahren will, und das sich nicht ausbreiten und weitere Gebiete einnehmen will«, sagte der Filmemacher Eran Torbiner, der Luden für seinen Film »Bundisten« interviewte.

»Wir waren auf dem Laufenden, aber blieben eine Bewegung von Migranten, die im Dort und Gestern lebten, die unser Vorbild waren«, sagte Luden. In der Praxis war der Einfluss der Zeitschrift und der Organisation auf die israelische Öffentlichkeit jedoch gleich Null. Die meisten Israelis haben nicht einmal von deren Existenz gehört. Und wer sie kannte, betrachtete sie als den nostalgischen, »harmlosen« Überrest einer toten Kultur. Auch ihr Versuch, die jiddische Sprache in Israel zu bewahren, scheiterte. Sie ist heute eine tote Sprache in Israel, die nur in einigen ultra-orthodoxen Gemeinden in Israel gesprochen oder an Hochschulen studiert wird.

Als er einmal zu seiner journalistischen Arbeit befragt wurde, sagte Luden: »Als Journalist verfolge ich vorübergehende Momente, von denen ich zunächst nicht weiß, was sich dahinter verbirgt. Es kann sich dabei um eine Ausnahme, eine Kuriosität oder ein Paradox handeln. Aber wenn sich dieser Moment in ein Momentum verwandelt … dann wird er Geschichte«. Er weigerte sich jedoch, die Tatsache zu akzeptieren, dass der Bund Geschichte geworden ist, sprich der Vergangenheit angehört. Vor zehn Jahren wurde Luden gefragt, was in zehn Jahren vom Erbe des Bunds in Israel noch übrig sein werde. Er antwortete: »der Geist«. Ende 2017 ist in der israelischen Realität nicht einmal mehr sicher, dass er damit Recht hatte. Die Kultur und der gesellschaftliche Lebensstil, die sich unter dem jüdischen Proletariat in Wilna/Vilnius, Minsk, Białystok, Warschau und Lodz entwickelten, scheinen für immer verloren zu sein.

Übersetzung: Ursula Wokoeck Wollin

** Ofer Aderet ist Journalist und schreibt in der Tageszeitung Haaretz über Geschichte, Deutschland und jüdische Geschichte.*

Der Text ist zuerst erschienen auf der Seite der Rosa Luxemburg Stiftung Israel, http://www.rosalux.org.il/derletzte-bundist/. Wir danken für die freundliche Überlassung und verweisen auch auf den 4-6 mal jährlich erscheinenden, lesenswerten Newsletter der Stiftung.

Shame on you, Deliveroo!

Die aktion ./. arbeitsunrecht nimmt die Delivery-Branche ins Visier

Zum nunmehr sechsten Mal führte die aktion ./. arbeitsunrecht unter dem Motto »Freitag, der 13.« im April einen Aktionstag gegen Union Busting durch. Nachdem es seit 2015 Neupack, KiK, Toys R Us, Median und H&M erwischt hat, war die öffentliche Abstimmung diesmal bis zuletzt ein heißes Rennen zwischen Nordsee und Deliveroo, das der Essenslieferant im letzten Moment »für« sich entscheiden konnte.

aktion ./. arbeitsunrecht begründet die Auswahl mit der Einstellungspraxis auf Selbständigkeitsbasis: Viele der »Riders«, wie die Fahrradkuriere der Essenslieferdienste genannt werden, sind durch ihre Scheinselbstständigkeit nicht beruflich kranken- und sozialversichert, die Quote der Freelancer bei Deliveroo lag 2017 bei 40 Prozent und dürfte seitdem gestiegen sein. Kettenbefristung mit Halbjahresverträgen und ein Niedriglohn, der bei den (Schein-)Selbstständigen unter dem Mindestlohn liegt, sind weitere markante Probleme. Vor allem aber vermeidet die britische Firma die Gründung von Betriebsräten: Als im November 2017 in Köln ein Betriebsrat gegründet werden sollte, reduzierte das Berliner Management gezielt die Zahl der Festangestellten. Zum Zeitpunkt der Wahl im Februar 2018 waren von 200 FahrerInnen nur noch 35 festangestellt. In Berlin experimentiert das Unternehmen mit unbezahlten Arbeitszeiten. Die selbstständigen FahrerInnen werden pro Lieferung bezahlt – geht keine Bestellung ein, liegt der Stundenlohn bei null Euro. Die Einführung dieses Entlohnungssystems hatte 2016 bereits in England zu einem sechstägigen Protest geführt.

Deliveroos »work on demand« via Smartphone und Apps steht idealtypisch für die prekären Arbeitsbedingungen der sogenannten »Industrie 4.0« im Dienstleistungsbereich.

Der Aktionstag reiht sich ein in die globale Kampagne »DeliverUnion«, die in Deutschland vor allem von der FAU und der IWW getragen wird. Daher war ein Schwerpunkt des Aktionstags eine Fahrraddemonstration in Berlin. Neben München war Köln, der Sitz von aktion ./. arbeitsunrecht, ein weiterer Schwerpunkt. Hier haben sich FahrerInnen von Deliveroo und Foodora mit Unterstützung der NGG in der Initiative »Kuriere am Limit« zusammengeschlossen. In weiteren Städten kam es zu Flugblattaktionen, über 1.500 Protestbriefe wurden an Deliveroo verschickt.

In Amsterdam beteiligte sich die *Riders Union*, ferner ist durch die Kampagne Kontakt in mehrere britische Städte entstanden. Dass der »schwarze Freitag« gerade bei diesem Thema zu einem transnationalen Event wird, ist kein Zufall: Proteste bei Essenslieferdiensten finden seit 2015 in Europa statt und werden dabei zunehmend grenzüberschreitender – Schwerpunkte waren bisher Italien, Frankreich und England, erst in jüngerer Zeit kamen Deutschland, die Niederlande und Belgien dazu. Der Erfolg des »schwarzen Freitag« ist damit vor allem, diese europäische Protestwelle fortgesetzt und einen wertvollen Beitrag zur internationalen Vernetzung der AktivistInnen geleistet zu haben.

(tb)

Weitere Infos: http://arbeitsunrecht.de

Arm, erwerbslos – aber nicht wehrlos

Rezension von Wolfgang Völker

Harald Rein: »Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen...! Bemerkungen über den Zusammenhang von Alltag und Protest«, AG SPAK Bücher, Neu Ulm 2017, 181 S., ISBN 978-3945959251 14,80 Euro

Harald Rein muss die Anerkennung ausgesprochen werden, in seinen Publikationen soziale Konflikte um Erwerbslosigkeit, Prekarität und Armut aus der Perspektive beteiligter Akteure zu beschreiben. Er leistet damit sowohl einen Beitrag für eine Sozialgeschichtsschreibung »von unten« als auch als beteiligter politischer Aktivist. Das vorliegende Buch wird nämlich auch gespeist von seinen über dreißigjährigen Erfahrungen im Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ und in den organisatorischen Zusammenhängen, die sich in diesem Zeitraum in Deutschland (und Europa) entwickelt haben. Mit seiner Publikation möchte er »eine Einschätzung vorlegen, warum arme Menschen manchmal an den Grundfesten des Kapitalismus rütteln und oft eben nicht. Wenn sie es nicht tun, heißt es allerdings nicht, dass sie nicht trotzdem gegen alltägliche Diskriminierungen auf dem Amt bzw. in der Gesellschaft oder gegen die immer stärker werdende Verarmungsschraube auf ihre Art Widerstand leisten« (S. 9). Es geht Harald Rein insbesondere darum, dem »stummen Protest« (S. 9) politische Beachtung zu schenken, weil das seiner Ansicht nach von »BewegungsforscherInnen«, auch im Rahmen der Forschung zu den sog. neuen sozialen Bewegungen, zu wenig geleistet wird (z.B. S. 47). Er versteht sein Buch als Anfang oder vielleicht auch Aufruf, eine differenzierte und umfängliche Widerstandsgeschichte von erwerbslosen oder armen Menschen zu schreiben und ihre Reaktion auf ihre soziale Situation »nicht voreingenommen« zu untersuchen (S. 180).

Seine politisch-normative Position macht Harald Rein durchgängig deutlich. Er hat eine klare Kritik an der Lohnarbeit und verteidigt das Recht darauf, in der Integration in Lohnarbeit nicht das Versprechen auf Glück zu sehen.

Vor diesem Hintergrund fragt er nach einer Definition, wer denn »arme Leute« sind, stellt die gängigen sozialwissenschaftlichen Definitionen dar, beschreibt kursorisch die Debatte, ob es Armut denn hierzulande überhaupt gebe, vergisst auch nicht die »von subjektiven Ressentiments« (S. 16) geprägten diskriminierenden Blicke auf Arme und stellt auch die Perspektive auf Konzepte der Armutsmessung seitens der BAG Erwerbslose und Sozialhilfeinitiativen dar. Seine Betrachtungen der verschiedenen Varianten der Beschreibung armer Menschen – von »sozial schwach« über »abgehängt« bis zu den »Prekarisierten« oder »Marginalisierten« – führen ihn dazu, sich für die Begriffe »*poverty class*« und »Prekariat« zu entscheiden, weil diese Begriffe den Willen ausdrückten, »Menschen, die in prekarisierten Arbeits- und Lebensverhältnissen leben, zusammenzuschließen« (S. 21). In diesem Satz drückt sich ein Problem aus, das charakteristisch ist für die Position des Autors. Zum einen wird die Vielfalt der sozialen Situationen von Erwerbslosen und Armen und ihrer subjektiven, alltäglichen und politischen Verarbeitungsweisen – auf die er in den Beschreibungen des Alltags von Erwerbslosen immer wieder hinweist – zu schnell unter einem Begriff vereinheitlicht. Zum anderen wird dieser Begriff noch dazu mit dem politisch ja legitimen Wunsch aufgeladen, dass sich die Leute zusammenschließen und organisieren mögen. Konsequenterweise sind die Subjekte des Buches auch diejenigen, die sich wehren – und deren Gegner. Ab und zu tauchen auch diejenigen auf, deren soziale Position durch die ökonomische und sozialstaatliche Entwicklung bedroht ist. Dann wird das Nebeneinander von auch aggressiven »Abgrenzungsritualen« und »Ansatzpunkte(n), (…) die zu einer Annäherung verschiedener sozialer Schichten führen können«, festgehalten (S. 65).

Im Kapitel »Wissenschaft trifft auf arme Leute« (S. 33-48) setzt sich Harald Rein mit exemplarischen Positionen aus der breiten Forschung zur Erwerbslosigkeit auseinander. Seine Kritik gilt erstens der Dominanz des Belastungsdiskurses, also der These, dass Erwerbslosigkeit prinzipiell zerstörerische Auswirkungen auf die betroffenen Personen habe, und zweitens der mit diesem Diskurs durchaus verknüpfbaren These einer allgemein verbreiteten politischen Passivität von Erwerbslosen und armen Leuten. Bei dieser Diskussion geht es auch um die Kritik eines auf (männliche) Lohnarbeit verkürzten Arbeitsbegriffs und um die Auseinandersetzung mit einem Begriff politischen Engagements, der auf das politische System von Institutionen, Verbänden, Parteien beschränkt bleibt.

Aber es geht auch um die Frage, ob und wie Erwerbslose und Arme an den gesellschaftlichen Verhältnissen rütteln können. Die Diskussion z.B. der Argumente von Claus Offe und Ali Wacker (beide vorgebracht zwischen Mitte der 1970er und Ende der 1980er Jahre) zur geringen Konfliktfähigkeit bzw. zur Schwierigkeit einer substantiellen politischen Erwerbslosenbewegung kann mit Harald Reins Einwänden keineswegs als abgeschlossen gelten. Trotz der in seinen Kapiteln zur Geschichte des Widerstands und Aufbegehrens von Erwerbslosen und armen Leuten bis in unsere Gegenwart geschilderten Aktivitäten bleiben Fragen offen. Neben den vorhandenen und nicht immer in der Öffentlichkeit sichtbaren Formen des alltäglichen Protestes oder des Sich-Arrangierens mit der Situation der Erwerbslosigkeit – gibt es doch genug Besseres zu tun, als fremdbestimmt zu lohnarbeiten – bleibt festzustellen: Es ist eine Minderheit, die in der Lage ist, die Erwerbslosigkeit anders zu leben, denn die sozialstaatlichen Entsicherungen erhöhen den existenziellen Druck. Es besteht in der Vielfalt der Lebenssituationen von Erwerbslosen nach wie vor eine starke Orientierung und Anerkennung der Erwerbsarbeitsnorm. Erwerbslose und Arme haben selten die Gelegenheit, als eigenständige Bewegung eine Macht zu entwickeln, die die sozialstaatliche Regulierung der Erwerbslosigkeit und Armut zu ihren Gunsten verschiebt oder gar eine »gerechte und solidarische Gesellschaft« (S. 19) befördert.

Politisch stellt sich – und das zeigt Harald Reins historischer Überblick (S. 61-165) – immer wieder die Frage, welche sozialen Akteure und Bewegungen die Fragen der Erwerbslosigkeit und Armut so thematisieren, dass die Perspektiven von armen Leuten und alternative Vorstellungen von Leben und Arbeiten aufgenommen werden, statt politischen Rezepten fragwürdiger und brüchiger Normalitätsvorstellungen zu folgen. Es stellen sich nach wie vor Fragen nach der Konfliktfähigkeit von Bündnissen, die auf die politische Regulierung von Erwerbslosigkeit und Armut einwirken wollen. Im Buch finden sich genügend Beispiele der jüngeren Geschichte, die die Notwendigkeit dieser Diskussion verdeutlichen, von den wichtigen Bundeskongressen der Erwerbslosen 1982 und 1988 über die Entwicklung der Bundesarbeitsgemeinschaften, die Beziehung zwischen unabhängigen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiati-

Das Stroh dient als Bau- und Dämmmaterial

Die neue Marx-Biographie

Michael Heinrich
Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft
Biographie und Werkentwicklung
Band 1: 1818-1841

29,80 Euro, 432 Seiten, Hardcover, farbiger Bildteil, ISBN 3-89657-085-4

Michael Heinrich ist Politikwissenschaftler, seine 2004 erschienene und bislang in acht Sprachen übersetzte «Kritik der politischen Ökonomie» ist die im deutschen Sprachraum am weitesten verbreitete Einführung in das marxsche «Kapital». Er gilt heute als einer der profundesten Marx-Kenner. Übersetzungen seiner Marx-Biographie werden gleichzeitig mit der deutschen Ausgabe auch in den USA, in Frankreich und in Brasilien erscheinen.

Der zweite Band der Biographie ist für 2020 geplant. Mehr zum Fortgang der Arbeit daran findet sich unter *www.marx-biografie.de*.

schmetterling verlag

Dringliches

50 Jahre BdWi

Jubiläumswochenende in Marburg im Juni 2018

Der Bund demokratischer WissenschaftlerInnen wird 50 Jahre alt und begeht dieses Jubiläum mit einem Symposium und einer abendlichen Feier in Marburg. Das Symposium »Gegen den Strom schwimmen. Kritische Wissenschaft im 21. Jahrhundert« findet am 2. Juni von 12.30 bis 18 Uhr im Hörsaalgebäude der Universität statt. Es wird eröffnet mit Beiträgen von Georg Fülberth, Rainer Rilling und Regina Schleicher; darauf folgen parallele Panels:
Panel 1: B*erufsverbote und demokratische Grundrechte. Auseinandersetzung mit rechts-konservativer Gegenreform.* Inputs: Dominik Feldmann, Alexandra Jaeger, Helmut Kellershohn (angefragt). Moderation: Mareike Strauß (BdWi)
Panel 2: *Hochschulreform und Hochschulpolitik im Wandel der Jahrzehnte.* Inputs: Eva Gruse (fzs), Andreas Keller (GEW), Torsten Bultmann (BdWi). Moderation: Daniel Gaittet (BdWi)
Panel 3: *Wissenschaft, Forschung und gesellschaftliche Verantwortung.* Inputs: Alex Demirovic (angefragt), John Kannankulam (angefragt), N. N. Moderation: Regina Schleicher (BdWi
Das Jubiläumsfest findet am 2. Juni ab 19.30 Uhr im Kulturzentrum KFZ, Biegenstraße 13, 35037 Marburg statt. Am Sonntag, 3. Juni, schließt von 11 bis 17 Uhr eine Mitgliederversammlung des BdWi an.

Zeit & Ort: *2. Juni 2018, 12.30 Uhr, Hörsaalgebäude und KFZ (Biegenstraße 14 / 13), Marburg*
Information & Anmeldung: *Steffen Käthner, BdWi, Tel. (06421) 21395, E-Mail: bdwi@bdwi.de, Internet: www.bdwi.de*

Druckertage: Tarifpolitik als Gesellschaftspolitik!?

Wochenendseminar in Bielefeld

Die Tarifpolitik ist das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Sie prägt über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen hinaus das soziale Gefüge und ist deshalb immer auch Gesellschaftspolitik. Zugleich birgt der Wandel von Arbeit und Gesellschaft stetig neue strategische Herausforderungen. Welche Herausforderungen das genau sind, wie die Gewerkschaften mit ihnen umgehen und welche Zusammenhänge es mit dem scheinbaren Fachkräftemangel und den Auswirkungen des Brexits gibt, darüber wollen wir mit Euch auf den 12. ver.di-Drucker-Tagen diskutieren.
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen – jenseits der Gremienarbeit – wieder über ihre Erfahrungen, Erfolge und Probleme in Betrieb und Gesellschaft berichten, neue Ideen und Anregungen einbringen und aufnehmen können. Wie immer sind die ver.di-

ven, die Jobberinitiativen, die Proteste gegen »Agenda 2010« und »Hartz IV« bis zum Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum und dem aktuellen Kampagnenbündnis »AufRecht bestehen!«. Überall stellte und stellt sich die Frage nach der Konfliktfähigkeit und der Bereitschaft, über Akteursgrenzen hinweg den Konflikt mit hegemonialen sozialstaatlichen Regulierungen und ökonomischen Verhältnissen einzugehen. Anfragen an die »Gemeinsamkeiten der Kämpfe unterschiedlicher sozialer Gruppen« hat Harald Rein ja selber: »In den Bereichen Prekarität und gegen prekäre Lebensbedingungen dürften sich auch die zukünftigen Kämpfe von Erwerbslosen abspielen. Erfolgreich werden sie aber nur sein, wenn sie es schaffen, Brücken zwischen den einzelnen prekären Lebens- und Arbeitslagen zu bauen« (S. 162). Ansätze in diese Richtung sieht er in den »Solidarisch-Leben-Gruppen«, die sich in manchen deutschen Großstädten gegründet haben. Darüber hinaus benennt er immerhin die Versuche (z.B. der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg), Verknüpfungen zwischen Konflikten um die Produktionsbedingungen von Lebensmitteln, Niedriglohnarbeit und Höhe der Hartz-IV-Regelsätze herzustellen – und zwar nicht nur theoretisch, sondern praktisch in gemeinsamen Aktionen mit Milchbauern oder in der Unterstützung von migrantischen Arbeiterinnen und Arbeitern in der Fleischindustrie. Auch der Bezug auf die Rede von Karl-Heinz Roth vom neuen Multiversum, das sich für ein selbstbestimmtes Leben assoziiere (S. 164), macht ja nur Sinn, wenn das »Multi« ernst genommen wird und über die Gruppen der Prekarisierten und Armen hinausgeht. Dass es da noch viel zu assoziieren gibt, daran erinnert Harald Reins Feststellung im Fazit: »Während Erwerbslose viele Solidaritätsaktionen für Beschäftigte unterstützten, war die umgekehrte Solidarität kaum vorhanden« (S. 179).

Im historischen Überblick berichtet Harald Rein von unterschiedlichsten Aktivitäten der Selbstorganisation und gegenseitigen Selbsthilfe: Armenküchen, Beratungstreffs, Subsistenzwirtschaft, selbstorganisierter Kohleabbau, Jugendcliquen. Aus jüngerer Zeit sind hier auch Versuche zur Entwicklung alternativer Ökonomien und Lebenszusammenhänge zu nennen. Als Beispiele schildert Harald Rein die Geschichte der Sozialistischen Selbsthilfe Köln oder der ASH (Arbeitslosenselbsthilfe, später Arbeiterselbsthilfe Heddernheim) (S. 126f.). Anhand all dieser Beispiele lassen sich Diskussionen führen über das politische Verhältnis solcher partikularer Initiativen zu verallgemeinerten sozialstaatlichen Regelungen oder zum Verhältnis von sozialer Arbeit, Wohlfahrtsverbänden, politischen Organisationen und den Initiativen und Aktivitäten von Erwerbslosen. Harald Rein plädiert hier dafür, dass sich Erwerbslosengruppen ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit bewahren sollten. Politisch-programmatisch besteht diese Unabhängigkeit bei ihm nicht zuletzt im »Vorschlag eines emanzipatorischen bedingungslosen Grundeinkommens, dem Existenzgeld« (S. 159). Was die Rolle Sozialer Arbeit im Feld der Erwerbslosigkeit angeht, könnten vor allem drei Fragen interessant und weiterführend zu diskutieren sein. Erstens, ob und wie Erwerbslose Angebote Sozialer Arbeit (z.B. Sozialberatung) für sich nutzen, um im Alltag besser zu bestehen. Zweitens, ob und wie Professionelle der Sozialen Arbeit gegen individualisierende und herabwürdigende sozialstaatliche Regelungen vor Ort fachlich und politisch intervenieren wollen und können. Drittens, ob und wie sich Professionelle der Sozialen Arbeit kollektiv für emanzipatorische sozialstaatliche Regelungen der Existenzsicherung einmischen.

Im abschließenden Kapitel des Buches »Stummer Protest in Zeiten materieller Armut« (S. 167-180) geht es um den alltäglichen Widerstand, um Situationen, in denen die »Geduld an eine Grenze« kommt (S. 168). »Die Protestbereitschaft von Erwerbslosen drückt sich weniger in Organisationgebilden aus als vielmehr in den individuellen Möglichkeiten von autonomem Handeln, die dem Status der Erwerbslosigkeit innewohnen« (S. 171). Die Möglichkeiten reichen nach Harald Rein von politischer und persönlicher Selbstfindung über die »Möglichkeit, vorhandene Aktivitäten zu intensivieren bzw. neue zu entfalten« bis zu kleinen und großen Aufständen. Dass die Alltagskämpfe vieler Einzelner, »die erfolgreich ihre Würde verteidigen«, gleich wieder zum »Bruch mit dem herrschenden System« werden (S. 171) sind dann doch etwas große Worte, die vom Erkenntnisinteresse und politisch-normativen Standpunkt des Autors getragen zu sein scheinen. Die Rede von »Rissen« wäre angemessener. Sie würde auch besser zu den »Widerstandstypen« der »Überlebenskünstlerinnen oder Erwerbsarbeitsdissidenten«, den »[s]elbstbestimmten BezieherInnen von Sozialleistungen« und »FreiraumschafferInnen« passen, die Harald Rein in seiner Beratungspraxis getroffen hat (S. 121ff).

Im Fazit geht es u.a. nochmal um die Frage nach einer Erwerbslosenbewegung. Aus Harald Reins Sicht gibt es eine »kleine Bewegung«, die sich in den letzten Jahrzehnten für eine Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit, ohne Armut und ohne soziale Ungleichheit einsetzt, weshalb es seiner Ansicht nach »nicht falsch (ist), von einer Erwerbslosenbewegung zu sprechen« (S. 178). Dass kann er, weil er von einem »weiten Bewegungsbegriff« ausgeht, der »sichtbare wie auch unsichtbare Kämpfe und Auseinandersetzungen« einbezieht (S. 178).

Das Buch gibt in seinen Geschichten darüber, was passiert, »wenn arme Leute sich nicht mehr fügen«, viel Anregung zur Debatte – und es ist ein widerständiger und querdenkender Beitrag zu den vielfältig geführten Diskussionen darüber, wie manche erwerbslose und arme Menschen die gesellschaftlichen Krisen politisch verarbeiten.

** Wolfgang Völker arbeitet bei der Diakonie, lebt in Hamburg und ist Mitglied der Widersprüche-Redaktion.*

Redaktion express u.a.

Baustelle China

Eindrücke und Fragen
einer Studien- und Begegnungsreise

China ist die große Unbekannte im Prozess der Globalisierung – und vielleicht gerade deshalb eine so geeignete Projektionsfläche für westliche Ängste, Vorurteile und Hoffnungen. Vom neuen kommunistischen Feind im Osten über Staatskapitalismus, sozialistische Marktwirtschaft bis zum letzten real existierenden Keynesianismus reichen die Bezeichnungen. Doch wie stabil ist die chinesische Entwicklung in Politik und Wirtschaft überhaupt – und wem nutzt die Modernisierung? Im September 2007 nahmen Mitglieder der express-Redaktion an einer Studienreise »Arbeitswelten in China« teil und haben sich ›die große Unbekannte‹ etwas genauer angesehen. Überall wird (um-)gebaut. Die Broschüre enthält Eindrücke von den Baustellen quer durchs Land und daran anschließende Beiträge, u.a. von:

Bodo Zeuner: **»Revolutionäre Harmonie. Auf der Baustelle«**

Irmtraud Schlosser: **»Mobiler Arbeitseinsatz im modernen Kapitalismus«**

Eva-Maria Bruchhaus: **»1,2,3,4 Maos on the Cap. Spurensuche im ›Musterländle‹«**

Thomas Sablowski: **»Ganz gewöhnlicher Kapitalismus«**

Kirsten Huckenbeck / Chang Kai: **»Verordnete Harmonie. Perspektiven der Entwicklung von Kapital & Arbeit«**

Chris Chan / Pun Ngai: **»The Making of ... Kollektivaktionen von WanderarbeiterInnen«**

Ränkeschmiede 17
1. Auflage, November 2008, 92 Seiten,
10 Euro zzgl. Porto und Versand

Zu beziehen über die Redaktion des express: express-afp@online.de
Tel. (069) 67 99 84

DruckerTage eine gute Gelegenheit, um sich mit anderen auszutauschen.
Aus dem Programm:
»Tarifpolitik als Gesellschaftspolitik« (Referat und Diskussion mit Dr. Reinhard Bispinck, ehemaliger Leiter des WSI)
»Was ist dran am Fachkräftemangel?« (Referat und Diskussion mit Karl Brenke, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)
»Hauptsache es knallt!« (Kabarett mit Robert Griess)
»Der Brexit und die Folgen für die Gewerkschaften im UK und Europa« (Referat und Diskussion mit Simon Dubbins, Direktor für Internationales der Gewerkschaft »Unite the union«, London)
Moderation: Karin Wagner, Betriebsratsvorsitzende bei der Märkischen Verlags- und Druck-Gesellschaft in Potsdam, und Viktor Kalla, Ex-Betriebsratsvorsitzender der Frankfurter Rundschau
Zeit & Ort: *22. bis 24. Juni, ver.di-Bildungszentrum »Das Bunte Haus«, Senner Hellweg 461, 33689 Bielefeld (www.verdi-das-bunte-haus.de)*
TeilnehmerInnenbeitrag*: ver.di-Mitglieder 50 Euro, Ermäßigungen für Erwerbslose, Azubis und Studierende bei ver.di-Mitgliedschaft 25 Euro, Nichtmitglieder 165 Euro*
Informationen & Anmeldung: *ver.di-Bundesverwaltung, Ressort 3, Frauke Menze, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Tel. (030) 6956-2318, E-Mail: frauke.menze@verdi.de*

»Ohne Demokratie, ohne Freiheit geht nichts«

Arbeitstagung zum
Prager Frühling 1968

Die Jugendrevolte von 1968 liegt 50 Jahre zurück. Jenseits des Boulevards der aktuellen Erinnerung an die kulturellen Umbrüche, Impulse und Folgen und des damit verbundenen weltweiten Protestes lädt das Geschichtskolleg der Kurt und Herma Römer Stiftung zu dieser Arbeitstagung ein, um den Blick auf die politische Reformbewegung der 1960er Jahre in der damaligen Tschechoslowakei zu richten. Diese Bewegung war Teil des globalen 1968 und hat antiautoritäre und radikaldemokratische gesellschaftliche Strömungen in Ost und West inspiriert. Was ist davon übriggeblieben?
Einerseits gilt das »brutale Ende des ‚Prager Frühlings« im August 1968 als Symbol der gescheiterten Versöhnung von Demokratie und Sozialismus« (Norbert Frei). Andererseits »steht der ‚Prager Frühling« exemplarisch für einen Knotenpunkt in der Endgeschichte des Realsozialismus.« In einem Atemzug mit dem Euro-Kommunismus wird er als »letzte Chance für den Sozialismus im 20. Jahrhundert« eingeordnet (Christoph Lieber). Im Mittelpunkt der Tagung stehen das Scheitern der ReformerInnen in der Kommunistischen Partei (KPdTsch) und der demokratischen Bewegungen in der 1968er-Tschechoslowakei sowie die Frage: Was haben der Aufstieg und schlussendliche Niedergang der eurokommunistischen Strömung mit den Entwicklungen und der Vorgeschichte des ‚Prager Frühling« zu tun?
Herma und Kurt Römer hatten eine besondere Verbindung in diese Reformbewegungen der 1960er und 1970er Jahre hinein. Beide waren menschlich und politisch eng verbunden mit überlebenden tschechoslowakischen Häftlingen des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück, insbesondere mit der Journalistin Hanka Housková. Diese blieben mit ihrer Bitte an die Lagergemeinschaften ihrer europäischen Kameradinnen im KZ um Solidarität gegen den militärischen Einmarsch des »Warschauer Paktes« am 25. August 1968 nahezu ungehört. Ihre anschließende weitgehende Isolation und Diffamierung in der tschechoslowakischen Gesellschaft, deren Medien, der KPdTsch und der Gewerkschaften hielt bis 1990 an. Der Stalinismus hat auch hier seinen langen Schatten geworfen.
Das Schicksal der Ravensbrücker Häftlingsfrauen nach der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings« hat die Kurt und Herma Römer Stiftung zu dieser offenen Arbeitstagung angeregt. Ohne eine solche Erinnerungsleistung kann die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen im globalen Kapitalismus und die Stärkung von Autonomie und Emanzipation nicht gelingen.
Das Programm der Tagung liegt dieser Ausgabe des express als Flyer bei.
Am Sonntag, 1. Juli, besteht die Möglichkeit, an einer Exkursion zum Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide, Britzer Straße 5, 12439 Berlin (www.dz-ns-zwangsarbeit.de) teilzunehmen.
Zeit & Ort: *30. Juni 2018, 11–19 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, Berlin*
Veranstalterin: *Kurt und Herma Roemer Stiftung, www.kurt-und-herma-roemer-stiftung.de*
Kontakt & Anmeldung: *kontakt@kurt-und-herma-roemer-stiftung.de;*
Tel. (0800) 787 28 54
Verantwortlich: *Andreas Bachmann (express-Redaktion)*

Make Rojava Green Again

Unterstützung einer »ökologischen« Revolution in Nordsyrien

Den Kanton Afrin in Nordsyrien hat die türkische Armee im Bündnis mit islamistischen Milizen im Februar und März eingenommen. Der türkische Präsident Erdogan macht keinen Hehl daraus, dass das eigentliche Kriegsziel – die Zerschlagung der kurdischen Selbstverwaltung im Norden Syriens – noch nicht erreicht ist. Weiter östlich, angrenzend an die Südosttürkei und den Nordirak, befindet sich der Kanton Cizire, der auch die »Internationalistische Kommune« beheimatet, ein Projekt von AktivistInnen aus aller Welt zur Unterstützung des Wiederaufbaus nach den Prinzipien des »demokratischen Konföderalismus«. Wir dokumentieren eine Projektvorstellung der Kommune.

Fünf Jahre sind seit dem Beginn der Revolution in Rojava vergangen. Seit dem heroischen Widerstand von Kobani treiben die Volks- und die Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) die reaktionären Banden des IS immer weiter in die Enge. Gleichzeitig widerstehen die Menschen in Rojava erfolgreich allen hegemonialen Versuchen, die Revolution zu korrumpieren. Inspiriert und geprägt durch die Ideen Abdullah Öcalans und den Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung, orientiert an Frauenbefreiung, Ökologie und radikaler Demokratie, organisiert sich inmitten des Kriegs in Syrien eine revolutionäre Bewegung mit dem Anspruch, der kapitalistischen Moderne ein Ende zu bereiten. Doch trotz der anhaltenden Erfolge der Revolution stehen die Menschen unter Druck: Der Krieg gegen den IS, der tägliche Terror durch den türkischen Staat sowie ein umfassendes Wirtschaftsembargo erschweren den Aufbau der neuen Gesellschaft. In dieser Situation braucht Rojava mehr denn je weltweite Unterstützung.

Seit vielen Jahren arbeiten wir als InternationalistInnen aus aller Welt in Rojava. Inspiriert von der revolutionären Perspektive der Kurdischen Befreiungsbewegung sind wir hier, um zu lernen, die vorhandenen Arbeiten zu unterstützen und weiter zu entwickeln. Es ist unser Ziel, eine neue Generation des Internationalismus zu organisieren, um die kapitalistische Moderne herauszufordern. Anfang 2017 etablierten wir, unterstützt von der Jugendbewegung in Rojava (YCR/YJC), die Internationalistische Kommune von Rojava (KNR). Unsere bisherigen Arbeiten umfassen Seminare und Workshops, Delegationsreisen, Sprachkurse und den Aufbau der ersten zivilen Akademie für InternationalistInnen in Rojava.

Ein Pfeiler der Revolution: Ökologie

Ein von der Natur entfremdeter Mensch ist ein von sich selbst entfremdeter, ein sich selbst zerstörender Mensch – kein System hat diesen Zusammenhang deutlicher als die kapitalistische Moderne aufgezeigt: Umweltzerstörung und ökologische Krisen gehen Hand in Hand mit Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen. Die rücksichtslose Profitmentalität hat den Planeten an den Rand des Abgrundes geführt, die Menschheit in ein Chaos aus Krieg, Hunger und sozialen Krisen gestürzt. Deswegen ist neben der Frauenbefreiung und der umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche die Entwicklung eines ökologischen Gesellschaftssystems ein Grundpfeiler der Revolution von Rojava. Es geht um mehr als Naturschutz und Schadensbegrenzung. Es geht um die Wiederherstellung des aus dem Gleichgewicht geratenen Verhältnisses zwischen Natur und Mensch, also um einen »erneuten, bewussten und aufgeklärten Zusammenschluss zu einer natürlichen, organischen Gesellschaft« (Abdullah Öcalan).

Die Folgen kapitalistischer Mentalität und staatlicher Gewalt gegen Gesellschaft und Umwelt sind in Rojava deutlich zu sehen. Das Baath-Regime war und ist in ganz Syrien wenig an einer ökologischen Gesellschaft interessiert. Besonders im kolonisierten Westkurdistan standen stets die maximale Ressourcenausbeutung und hohe landwirtschaftliche Produktionsraten im Vordergrund. Die durch systematische Abholzung der Wälder ermöglichte Monokultur von Weizen im Kanton Cizire, von Oliven in Afrin und ein Mix aus beidem in Kobani prägen die Landschaft. Jahrzehntelang war es verboten, Bäume zu pflanzen und Gemüsegärten anzulegen – die Bevölkerung wurde durch repressive Politik und Unterentwicklung der Region systematisch zur Emigration als billige Arbeitskräfte in die Metropolen Allepo, Raqqa und Homs angehalten. Energieproduktion und -verbrauch, mangelhafte Müllentsorgung und massiver Chemikalieneinsatz in der Landwirtschaft haben Boden, Luft und Wasser schwer belastet.

Monokultur, Wasserknappheit, Luftverschmutzung

Die Bevölkerung in Rojava und ihre Demokratische Selbstverwaltung haben jedoch nicht nur mit dem umweltpolitischen Nachlass des Baath-Regimes zu kämpfen. Eine ernsthafte Bedrohung stellt die feindliche Politik des türkischen Staates dar. Neben militärischen Angriffen, der ständigen Drohung mit Invasion und einem totalen wirtschaftlichen Embargo ist insbesondere der Bau von Staudämmen im von der Türkei besetzten Nordkurdistan und die ungezügelte massive Grundwasserentnahme für die eigene Landwirtschaft ein Problem. In der Folge gibt es einen dramatischen Rückgang der von Norden nach Rojava fließenden Flüsse und ein stetes Absinken des Grundwasserspiegels – die Türkei dreht Rojava systematisch das Wasser ab.

Der Versuch sowohl der Türkei als auch Syriens, die Revolution in Rojava durch militärische, politische und wirtschaftliche Angriffe zu ersticken, der Krieg gegen den Islamischen Staat und das auch von der südkurdischen KDP (im Nordirak, d. Red.) unterstützte Embargo schaffen schwierige Verhältnisse für ökologische Arbeiten. Trotz verschiedenster Projekte wie der Schaffung von Naturschutzgebieten über umweltgerechte Müllentsorgung bis zu Wiederaufforstung befindet sich die Demokratische Selbstverwaltung auch weiterhin in ernsthaften Widersprüchen und Sachzwängen. Die Arbeiten vieler regionaler Komitees und Projekte stecken oftmals noch in ihrer Anfangsphase oder kommen über die Planung nicht hinaus. Die ökologische Revolution in der Revolution steckt noch in den Kinderschuhen: Es fehlt an Bewusstsein in der Bevölkerung, Expertenwissen und Ideen, notwendiger Technologie und vor allem an finanziellen Mitteln.

Make Rojava Green Again

Wir, die Internationalistische Kommune von Rojava, wollen unseren Teil zu dieser ökologischen Revolution in Nordsyrien beitragen und haben deswegen in Zusammenarbeit mit dem Ökologie-Komitee und dem Komitee für Naturschutz des Kantons Cizire die Langzeit-Kampagne »Make Rojava Green Again« ins Leben gerufen. Sie umfasst drei Aspekte:

1. Aufbau der internationalistischen Akademie entsprechend eines Lebens nach ökologischen Gesichtspunkten, mit Vorbildcharakter für vergleichbare Projekte und gesamtgesellschaftliche Konzepte. Weiterbildung von InternationalistInnen und der Bevölkerung zur Stärkung des Bewusstseins für den Aufbau einer ökologischen Gesellschaft.
2. Direkte Beteiligung an Aufforstungsarbeiten ökologischer Projekte und Aufbau einer Baumschule als Teil der internationalistischen Akademie
3. Materielle Unterstützung laufender und zukünftiger ökologischer Projekte der Strukturen der Demokratischen Selbstverwaltung. Vermittlung von Wissen zwischen AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen und den Komitees und Strukturen in Rojava, u.a. zur Entwicklung einer langfristigen Perspektive für ein ökologisches Nordsyrien.

Die ersten zwei konkreten Projekte der »Make Rojava Green Again«-Kampagne sind:

- Die praktische Umsetzung des Konzepts für ein ökologisches Leben und Arbeiten in der Internationalistischen Akademie u.a. durch den Aufbau einer angeschlossenen Baumschule. Im Frühjahr 2018 werden wir 2.000 Bäume im Gelände der Akademie und 50.000 Stecklinge in der Baumschule pflanzen.
- Die praktische und finanzielle Unterstützung des Komitees für Naturschutz in der Wiederaufforstung des Naturschutzgebiets »Hayaka« nahe der Stadt Derik/Kanton Cizire. Geplant ist, über die nächsten fünf Jahre mehr als 50.000 Bäume am Ufer des Sefan-Sees zu pflanzen.

Internationale Solidarität

Es gibt folgende Möglichkeiten, uns zu unterstützen:

- Kontakte zu MultiplikatorInnen wie JournalistInnen, PolitikerInnen und Personen des öffentlichen Interesse herstellen, vermitteln und nutzen, Artikel und Interviews zur Kampagne veröffentlichen, die Informationen im eigenen Umfeld, mit FreundInnen, Familie und Bekannten teilen
- Kontakt zwischen interessierten Einzelpersonen/Gruppen/Organisationen und der Internationalistischen Kommune herstellen.
- In Rojava selbst konkret in den Strukturen der Revolution arbeiten.
- Wissensaustausch zwischen AktivistInnen, ExpertInnen und WissenschaftlerInnen aus Bereichen wie der ökologischen Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung und nachhaltigen Energieproduktion herstellen.
- Finanzielle Unterstützung

Mail: makerojavagreenagain@riseup.net
Web: www.internationalistcommune.com
Spenden unter dem Stichwort »Make Rojava Green Again« an: Rote Hilfe
IBAN: CH82 0900 0000 8555 9939 2
BIC: POFICHBEXXX
Post Finance

Nächster Redaktionsschluss: 13. Mai 2018

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

☐ *Anton Kobel (Hg.):*
»›Wir sind stolz auf unsere Kraft‹.
Der lange und phantasievolle Kampf um die Tarifverträge 2013 im Einzelhandel«,
Hamburg 2014

☐ *Detlef Wetzel (Hg.):*
»Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung«,
Hamburg 2013

☐ *Joachim Hirsch, Oliver Brüchert, Eva-Maria Krampe u.a. (Hg.):*
»Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur«,
Hamburg 2013

☐ *Torsten Bewernitz (Hg.):*
»Die neuen Streiks«,
Münster 2008

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);

☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen
☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin